Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat April 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Herausgeber: Richard Schnetter

Anzeigenpreis: 8 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Montag, den 14. April 1924 | 4. Jahrgang • Nr. 38

An die Partei!

Vorwärts, Genossen, schließt die Diskussion ab. Vorwärts an die Arbeit, alle wie ein Mann!

In einer für die KPD. schwierigen Situation ist diesmal der Parteitag zusammengetreten. Schwer lastet auf der Partei die

Oktober-Niederlage.

Die notwendigen Auseinandersetzungen über die bisherige Politik und ihre Fehler hat sie nicht nur gehemmt, sondern vielfach ihren Willen zum Handeln gelähmt. Dazu kamen die

Schläge der Militärdiktatur.

Die legalen Organisationen wurden zerschlagen, die Möglichkeiten der Massenpropaganda eingeschränkt, Tausende von tüchtigen Parteiarbeitern aus ihrem Wirkungskreis herausgerissen. Durch das alles wurde die Krise der Partei vertieft und verlängert.

Die Krise zu vermindern, die Partei einer Gesundung entgegenzuführen, das war die Hauptaufgabe dieses Parteitages.

Die Lösung dieser Aufgabe ist wesentlich erleichtert worden durch den unmittelbaren Eindruck des großen Erfolges unserer Partei bei den Wahlen in Bayern, in dem Lande, wo wir unter den schwersten Verfolgungen leiden. Stärker noch als dieser lebendige Beweis für tiefere Durchdringung der Massen mit dem kommunistischen Gedanken, wirkte die frische Entschlossenheit und Tatkraft, mit der sich jetzt die deutsche Arbeiterklasse fast überall im Reiche gegen die Diktatur der Industrieherren erhebt.

Unter diesen verheißungsvollen Zeichen mußte das Werk gelingen. Und es ist gelungen, Genossen! Zwar war es nicht möglich, alle Unterschiede in den Auffassungen zu beseitigen. Wer hätte das auch wünschen mögen, da sie Zeugnis gaben von dem heißen Bemühen,

die besten Methoden des revolutionären Kampfes

zu finden, das in der Partei lebt. Das aber hat alle Teilnehmer am Parteitag mit Genugtuung und Zuversicht erfüllt, daß der Kampf der Konferenzen ausgetragen wurde in ernstester Sachlichkeit und dem Bestreben, restlos die Lehren aus früheren Fehlern zu ziehen und alte Schwächen zu überwinden. Mehr noch, es herrschte

Einmütigkeit über die nächsten taktischen Aufgaben und Mittel

und der Wille, unter der neuen Führung der Partei die alte Geschlossenheit fester noch zu begründen. Der Parteitag hat die Partei konsolidiert. Vorwärts, an die Arbeit! Nur vorwärts den Blick, wir marschieren!

Das muß jetzt auch der Wille aller Parteigenossen sein!

Der Kampf der verschiedenen Fraktionen hat aufzuhören. Die Auseinandersetzungen müssen schleunigst abgeschlossen werden mit dem Ziel, klar den künftigen Weg der Partei abzustreiten und die Gesamtpartei von der Leitung bis auf die kleinste Zelle hinein auf die neuen Aufgaben zu konzentrieren.

Dringend notwendig ist dafür, daß die heftige Leidenschaft des Fraktionskampfes dem Streben nach nüchterner, klarer Erkenntnis und einheitlicher Geschlossenheit Platz macht.

Genossen, denkt daran, daß die Partei in den letzten Monaten viel versäumt hat. Der Wille zu künftiger Initiative und zu konzentriertem Handeln, der die ganze Partei beseelt, kann sich nur erproben und verstärken in der

Anstrengung aller Kräfte

bis aufs Äußerste. Die Voraussetzung aller Erfolge ist die ständige Durchdringung und Aufwühlung der Massen durch unsere Propaganda. Die ganze Partei muß sich klar sein, daß nicht allein eine fehlerhafte Politik zur Oktober-Niederlage geführt hat, sondern daß auch schwere Fehler und Mängel der Organisation die Schlagkraft der Partei beeinträchtigten. Das Verbot der Partei hat an vielen Stellen ihren Bau zerrissen.

Hier muß entschlossen und einheitlich gearbeitet werden, damit die Partei wirklich Vorhut und Cadre für das Revolutionsheer der Arbeiterklasse wird. Vor uns stehen

die Reichstagswahlen.

Niemand in der Partei überschätzt ihre Bedeutung. Aber diese Bedeutung ist groß, gerade in der jetzigen Situation des deutschen Proletariats. Die Reichstagswahlen müssen zu einem gewaltigen Erfolg der Kommunistischen Partei führen. Wir brauchen ihn, um uns selber von der Wirkung unserer Arbeit und der Kraft des revolutionären Gedankens Rechenschaft zu geben. Wir brauchen ihn, um uns größeren Respekt bei unseren Gegnern zu verschaffen. Wir brauchen ihn vor allem, um das

Vertrauen zur Partei

bei allen Ausgebeuteten fester zu verankern. Vorwärts, an die Arbeit, Genossen, wir marschieren.

Laßt den Gegner nicht aus den Augen!

Zweifellos hat sich die Sozialdemokratie in den letzten Monaten innerlich gefestigt. Wir wissen, daß dies nur möglich war durch die Unterwerfung der sogenannten Linken unter den Willen jenes bewußten Hilfstrupps des Faszismus. Als konterrevolutionäre Partei profitierte die VSPD. von der Militärdiktatur und dem Verbot unserer Partei. Aber vergessen wir nicht, daß sich jene Partei nur konsolidieren konnte, weil unser Druck auf die Instanzen und die Mobilisierung der Arbeitermassen, besonders der sozialdemokratischen Arbeiter, nachgelassen hat.

Einheitsfront von unten

ruft Euch der Parteitag zu. Einheitliche geschlossene Kampffront zur innigeren Verbindung aller Opfer der Herrschaft des Kapitalismus im Willen zum Widerstand, in der Durchführung aller Kämpfe — der kleinen wie der großen, die der Tag erheischt, in der Rüstung der gesamten Arbeiterklasse für die künftigen Entscheidungskämpfe.

Vorwärts, Genossen, nur vorwärts, wir marschieren!

Die letzten Wahlen haben Euch allen die große Gefahr gezeigt, die die völkische Bewegung bedeutet. Kein Zweifel, sie ist zu einer maßgebenden Bewegung geworden. Sie droht auch das Proletariat mit ihrem Gift zu durchdringen. Erkennen wir, was wir angesichts dieser Gefahr mit viel größerem Eifer als bisher tun müssen. Wir müssen einmütig die Entwicklung dieser Bewegung verfolgen, müssen bei jeder Gelegenheit ihre Demagogie und die sonstigen sozialen Rezepte aufdecken.

Wir müssen uns noch vielmehr jenen Schichten nähern, die vom Kapital zum Untergang verurteilt sind und müssen vor allem in den Arbeitermassen das Vertrauen in den Sieg durch den revolutionären Massenkampf wecken und festigen und jene, die genug haben von den „Segnungen der bürgerlichen Demokratie", von der

Notwendigkeit der proletarischen Demokratie

überzeugen. Wir müssen schließlich dafür sorgen, daß die Kommunistische Partei einen festen Schutzwall der Arbeiterklasse gegen die Angriffe dieser Söldnertruppe des Kapitals wird.

Vorwärts, Genossen, los auf den Gegner, schlagt ihn! Wir haben bereits auf den neuen Aufschwung des deutschen Proletariats in den Verteidigungskämpfen

für den Achtstundentag

hingewiesen, alle die Kämpfe im Riesenstreik der Metall- und Bergarbeiter an Rhein und Ruhr bis zum Streik der Chemiearbeiter in Ludwigshafen beweisen, daß

die Kraft des deutschen Proletariats

nicht gebrochen ist. Die Entschlossenheit und Fähigkeit und der beispiellose Opfermut, mit dem die streikenden Arbeiter diese Kämpfe durchgeschlagen haben, geben uns die frohe Zuversicht, daß das deutsche Proletariat sich auch künftig großen politischen Kämpfen gewachsen zeigen wird. Hier wird uns aber bewußt, daß die KPD. in allen diesen wirtschaftlichen Kämpfen als Führerin nicht alles das geleistet hat, was notwendig gewesen wäre. Gehen wir mit größerer Energie und mit ernsthaftestem Pflichtbewußtsein nun an die Aufgabe heran, die von uns verlangt wird. In diesen Verteidigungskämpfen haben wir uns zu bewähren, sie sind die Schwelle, über die der Weg zu den politischen Entscheidungskämpfen führt.

Vorwärts, Genossen! Ihr müßt führen! Hinein in den lebendigen Kampf!

Genossen! Unter der Diktatur des Großkapitals hat die bürgerliche Gesellschaft ihre Kräfte zusammengefaßt, greift sie jetzt schärfer die Arbeiterklasse an. Aber sie kann durch ihre mächtige Polizei den Boden nur zerstören, auf dem sie steht. Schwere Erschütterungen der bürgerlichen Gesellschaft sind unvermeidlich. Sie können plötzlich hereinbrechen. Schon knistert es in dem Kunstbau der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Rüsten wir uns, damit wir von nichts überrascht werden können. Wir müssen bereit sein! Vorwärts, Genossen! Genug des Schauens in die Vergangenheit. Ans Werk! Alle Kräfte angespannt, alle Möglichkeiten ausgenutzt! Vorwärts mit Einmütigkeit, in fester Geschlossenheit, mit gesammelter Kraft! Vorwärts, Genossen vorwärts!

Frankfurt a. M., 10. April 1924.

Der Parteitag der KPD.
Sektion der 3. Internationale

Vor einem gewaltigen Sturm an der Ruhr

Von Peter Maslowski (Essen)

Das Ergebnis der Niederlage der deutschen kapitalistischen Regierung am Rhein und an der Ruhr — die Folge des Zusammenbruches des passiven Widerstandes — war die Verständigung zwischen dem deutschen und dem französisch-belgischen Kapital, die ihren Ausdruck fand in den Micum-Verträgen.

Alle diese Verträge laufen (mit Ausnahme des minder wichtigen Vertrages mit der Holzindustrie, der ab November 1923 für ein ganzes Jahr gilt) nun am 15. April [illegible]. Der wichtigste dieser Verträge aber, der eigentliche Micum-Vertrag mit den Zechenbesitzern an der Ruhr, ist bereits am 1. April zu Ende gegangen. Verhandlungen über seine Fortführung sind im Gange, aber anscheinend noch nicht abgeschlossen.

Das alles bedeutet, daß das Ruhrproletariat, dessen Hauptelement die halbe Million Bergarbeiter sind, unmittelbar vor einer sehr kritischen Situation steht. Denn jeder weiß, daß alle Lasten der bisherigen Verträge, in Form von Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und Massenaussperrung, auf die Arbeiterschaft abgewälzt worden sind. Es ist klar, daß nun das neue Schachergeschäft, das sicher sehr schnell seinen Abschluß finden wird, nach der Absicht beider kapitalistischen Gruppen damit enden soll, daß noch eine bessere Möglichkeit gegeben ist, dem Ruhrbergproletariat alle Lasten aufzuhalsen.

Das kommt besonders scharf bei dem Kampf um den Tarif im Ruhrbergbau zum Ausdruck. Hier operieren die Kohlenbarone schon seit langem so, daß sie — unterstützt von den reformistischen, christlichen und gelben Bergarbeiterführern, die immer wieder die „vaterländische Pflicht" und die „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" betonen — ihre ganze brutale Offensive auf die minimalsten noch bestehenden Rechte der Bergarbeiter mit der „leider" notwendigen Rücksichtnahme auf den schrecklichen Micum-Vertrag begründen.

Schon seit Anfang dieses Jahres wurde über den von den Kohlenbaronen gekündigten Manteltarifvertrag vom Juli 1922 verhandelt und immer wieder verhandelt. Und immer wieder haben es die Zechenherren und arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer verstanden, eine Entscheidung zu verschleppen. Diese Verschleppungsstrategie vor allem, dieses Ausweichen sowohl vor jeder klaren Stellungnahme wie vor irgendwelchen wirklichen Kampfmaßnahmen hat den Grubenherren ihr Spiel erleichtert, vollendete Tatsachen zu schaffen. Während nicht weniger als 150 000 Bergarbeiter auf dem Straßenpflaster lagen, wurde die Arbeitszeit unter Tage auf acht Stunden und über Tage größtenteils sogar auf zwölf Stunden erhöht. Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten zwar versprochen, daß es, wenn die Bergarbeiter die Arbeitszeit von 1914 erst einmal angenommen hätten, auch Friedenslöhne geben würde. In Wirklichkeit wurden die Löhne seit Dezember, obwohl sogar auf manchen Gruben die Friedensförderung pro Kopf der Belegschaft überschritten wurde, zweimal beträchtlich gekürzt. Der Kohlenpreis steht zwar 100 Prozent höher als in der Vorkriegszeit, aber die Löhne betragen nur 60 Prozent der 1914 gezahlten Löhne. Doch damit begnügen sich die Kohlenkönige noch nicht. Nachdem am 1. April die Tarife abliefen und daher Ende März die Verhandlungen endlich irgendwie zum Abschluß gebracht werden mußten, legten die Unternehmer Bedingungen vor, die folgendes besagten:

1. **Weitere Differenzierung der Löhne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern bis zu 1,30 Mk.**
2. **Beseitigung des Mindestlohnes und des Grundlohnes.**
3. **Lohnabzug für Lehrhauer und Schlepper bis zu 10 Prozent** und Heraufsetzung der Altersgrenze von 20 auf 24 Jahre. (Diese Forderung ist besonders unverschämt, denn über 30 Prozent der im Gedinge beschäftigten Bergarbeiter sind Lehrhauer und Schlepper. Es soll das System aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder Platz greifen.)
4. **Erhöhung des Abzuges für Schlepper im Gedinge bis zu 20 Prozent.**
5. **Heraufsetzung der Preise für die Deputatkohle auf fünfzig Goldpfennig pro Zentner.** (Vor dem Kriege fünfundzwanzig Pfennig!)

Dieses raffiniert ausgeklügelte Programm der allerschlimmsten Ausbeutung wurde natürlich mit dem „schweren Druck des Micum-Vertrages" begründet, der „die Aenderung aller leistungshemmenden Bestimmungen" verlange. Die Herren Gewerkschaftsführer sollten nur tapfer mit den Zechenbesitzern gegen den Micum-Vertrag kämpfen, dann würden vielleicht solche Bedingungen überflüssig werden. Ein solcher Appell an die Gewerkschaftsverräter für die nationale Einheitsfront hat noch immer verfangen, so auch diesmal. Natürlich, die armen deutschen Unternehmer waren schuldlos, nur der von den Franzosen aufgezwungene Micum-Vertrag ist für alles verantwortlich!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0001

Aber mit Rücksicht auf die Entrüstung der Bergarbeiter konnten die Gewerkschaftsführer die Forderungen der Grubenherren natürlich nicht so ohne weiteres schlucken. Also ließen sie den Fachmann für solche Sachen, den sozialdemokratischen Reichs- und Staatskommissar Mehlich, derselbe, der bereits den Kölner Braunkohlenarbeitern den Zwölfstundentag diktiert hat, einen Schiedsspruch fällen, dem sie dann zustimmten. Dieser Schiedsspruch ist äußerst geschickt frisiert, nimmt aber in allen entscheidenden Punkten die Unternehmerforderungen an. Vor allem siegten die Kohlenbarone in den Hauptforderungen einer größeren Differenzierung der Löhne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern und einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung für Lehrhauer und Gedingeschlepper. Als Druckmittel hatten die Unternehmer mit einem „tariflosen Zustand" gedroht. Für die hartgesottenen Arbeitsgemeinschaftler war das offenbar das Schrecklichste. Sie erhielten eine Verlängerung des alten Manteltarifes um vier Wochen, bis zum 1. Mai, zugebilligt und schrien das als „großen Erfolg" aus. Aber diese „nimmersatten Kumpels" waren doch noch unzufrieden. Also fanden die gewiegten Schieber noch einmal einen Ausweg. Sie reichten — sofort nach Annahme des lohnkürzenden Schiedsspruches! — auf dem Papier die Forderung einer 30prozentigen Lohnerhöhung ein. Darauf hat der Zechenverband lakonisch geantwortet: „Eine Lohnerhöhung bei der jetzigen Lage des Ruhrbergbaues kommt nicht in Frage. Wir halten daher Verhandlungen über diesen Gegenstand für aussichtslos und zwecklos." Selbst diese schlauen Füchse von Gewerkschaftsbonzen sitzen nun im Eisen. Länger ist die Verschleppungspolitik nicht mehr zu betreiben. Länger ist eine Vertuschung dessen, was gegen den Ruhrbergmann gespielt wird, absolut unmöglich. Spätestens am 1. Mai, wo Tarif- und Lohnordnung nun wohl endgültig ablaufen werden, muß es zum Kampf hart auf hart kommen. Aber es ist wahrscheinlich, daß der Vulkan schon früher zum Ausbruch kommt. Die Ruhrbergarbeiter sehen zu deutlich, daß sie die Kosten der kapitalistischen Verständigung im Micum-Vertrag mit grenzenlosem Elend, mit einem Hundedasein, mit Ausbeutung bis zum Verrecken bezahlen sollen. Für sie ist jetzt das Maß voll. Auf allen Schachtanlagen der Ruhr gärt es gewaltig. Die soeben stattgefundenen Betriebsratswahlen, die den Kommunisten auf den allermeisten Zechen die Mehrheit gebracht haben, sind der Ausdruck der Tatsache, daß sich die Bergarbeiter diesmal noch viel bewußter als in ihrem gewaltigen Kampf im Mai, Juni vorigen Jahres hinter die Führung der RGI. angeschlossenen revolutionären Bergarbeiterorganisation der Union der Hand- und Kopfarbeiter stellen werden. Diese Union wird für folgendes Mindestkampfprogramm eintreten:

1. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht.
2. Erhöhung des Lohnes auf die Höhe der Vorkriegszeit.
3. Wiedereinstellung aller noch nicht eingestellten Kameraden.
4. Verringerung der Zahl der höheren Beamten auf den Gruben.
5. Beseitigung der Werkswehren.
6. Sicherstellung der knappschaftlichen Rechte, Erhöhung der Renten für Invaliden, Witwen und Waisen.
7. Tarifliche Festlegung eines 14tägigen Urlaubes für alle Arbeiter.
8. Tarifliche Festlegung von 120 Zentner Deputatkohle im Jahre zum Preise der Vorkriegszeit mit 25 Pfennig pro Zentner.
9. Hinzuziehung von Vertretern der Betriesräte zu den Tarifverhandlungen.
10. Ein neuer Tarif darf nur abgeschlossen werden, wenn er die Zustimmung eines Betriebsrätekongresses der Bergarbeiter des Ruhrgebietes erhält.

Eine der letzten Konferenzen der Union der Hand- und Kopfarbeiter hat mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit der internationalen Solidarität aller Bergarbeiter hingewiesen. Das ist in der Tat angesichts nicht nur der kritischen Lage an der Ruhr, sondern fast in allen Kohlenbezirken der Welt von zwingender Notwendigkeit. In Frankreich stehen die Bergarbeiter gemäß den Parolen der unitarischen Gewerkschaften vor einem Streik um eine Zulage von sechs Franken für den Tag. In England laufen die seit dem gewaltigen Bergarbeiterstreik vom Juni 1921 bestehenden Tarife am 17. April ab. Die englischen Bergarbeiter rüsten zum Kampf um Friedensreallöhne, um die 6-Stunden-Schicht und wöchentliche Lohnzahlung. In Amerika sind die im Streik von 1922 erkämpften Löhne durch Ablauf des Tarifes hinfällig. Neue Kämpfe scheinen unausbleiblich

Alle kommunistischen Parteien müssen den Vorgängen innerhalb der internationalen Bergarbeiterschaft jetzt eine besondere Aufmerksamkeit widmen. An der Bergarbeiterschaft, besonders der am meisten geknechteten an der Ruhr, soll sich die Offensive des Weltkapitals am brutalsten und am gründlichsten austoben. Hier gilt es, im internationalen Maßstab zu rüsten, um den Kampf aller Bergarbeiter in breitester Einheitsfront durchzuführen. Keine Streikbrecherkolle darf diesmal international in dieser oder jener Form eine Rolle spielen.

Die Erwerbslosigkeit im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 14. April.

Trotz der Meldungen der bürgerlichen Presse über den Rückgang der Erwerbslosigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind heute noch über 100 000 Erwerbslose allein im Ruhrbergbau. In Essen allein werden rund 24 000 unterstützungsberechtigte erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt. Dazu kommt das Heer der nicht unterstützungsberechtigten Erwerbslosen. Ist doch der angebliche Rückgang der Erwerbslosigkeit in der Hauptsache auf Unterstützungsstreichungen zurückzuführen.

Poincaré foltert deutsche Kommunisten

Straßburg, 12. April.

Anläßlich des unverschämten Telegramms Poincarés gegen das Kiewer Urteil an Sowjet-Rußland schreibt die kommunistische „Volksstimme" von Metz:

„Wo bleibt Poincarés Protest gegen die schändlichen Kommunistenverfolgungen in Deutschland? An der Ruhr und im ganzen Rheinland wurden etwa 120 jugendliche Kommunisten wegen antimilitaristischer Tätigkeit unter den französischen Besatzungstruppen verhaftet. In den Gefängnissen werden sie gefoltert und gequält, um sie zum Verrate ihrer Genossen zu veranlassen. Die französische Polizei setzt sie auf elektrische Stühle, treibt ihnen Apparate in die Nase, prügelt sie tagelang halbtot, um aus den standhaften Genossen Angaben herauszupressen."

Dr. Sorge für die Annahme der Sachverständigen-Vorschläge

(WTB.) **London**, 12. April.

Dr. Sorge, Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, erklärte dem Berliner Vertreter der Agentur Reuter: Nach Durchsicht des Auszuges des Berichtes der Sachverständigen bin ich der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen angenommen werden müssen. Die Vorschläge der Sachverständigen bedeuten einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber allen Vorschlägen, die bisher gemacht wurden, und da wir kaum bessere Bedingungen erhalten können, müssen wir sie annehmen.

•

Mit dieser Erklärung bestätigt Dr. Sorge das, was wir aus seinem Geheimbericht veröffentlicht haben. Er bestätigt, daß die „nationale" deutsche Schwerindustrie mit beiden Händen nach dem Internationalisierungsplan Poincarés greift, dies um so mehr, da doch eine ihrer Hauptbedingungen, die Privatisierung der Reichseisenbahnen, jetzt von Poincaré diktiert wird. Was Sorge verschweigt, sind die innerpolitischen Bedingungen, die die Schwerindustrie an den Erfüllungsplan knüpft: Völlige Knebelung der Arbeiterschaft, unbegrenzte Arbeitszeit und Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, wie er sie in seinem Geheimbericht ausführte. Er zeigt das wahre Gesicht der nationalen Schwerindustrie ungeschminkt.

Verschärfte Fortführung des Streiks im Waldenburger Revier

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 14. April.

In Niederhermsdorf fand gestern eine Konferenz der oppositionellen Betriebsräte des Waldenburger Kohlenreviers statt, die beschloß, den Streik verschärft fortzuführen. Die Unternehmer versuchen, die Untertage- und Obertagearbeiter gegeneinander auszuspielen. Untertagearbeiter werden teilweise als Streikbrecher benutzt. Der Verband unternimmt dagegen nichts.

Der Kampf der Buchdrucker dauert fort

München, 14. April.

Da die Buchdruckunternehmer in den Nachverhandlungen anläßlich der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches die Forderung der Gehilfenschaft auf 35 Mark Wochenlohn ablehnten, wurde in der Freitagnacht von den Gehilfen der Streik beschlossen. Die Folge war, daß bereits die Samstagmorgenblätter nicht erscheinen konnten. Beim Streikappell wurde festgestellt, daß in München die Streikparole nahezu vollzählig befolgt wurde. Selbst in den Betrieben, wo die Gehilfen dem Gutenbergbund angehören, ist die Arbeit vollständig eingestellt. Da die Gehilfenschaft einen Erfolg ihrer Bewegung nur in der vollständigen Geschlossenheit erblickt, wurde einstimmig beschlossen, daß auch die „Münchener Post" (!!!) in die Arbeitsniederlegung miteinbezogen werden soll, obwohl das Organ der Arbeiterschaft die Forderung der Gehilfen bereits ab 31. März bewilligt hatte.

Weimar, 14. April.

Die Lage im Buchdruckgewerbe hat sich in Thüringen verschärft. Der Kampf um die alten Forderungen der Gehilfenschaft geht nicht nur in Erfurt und Mühlhausen weiter, sondern auch in anderen Städten, wie Gera, Weimar, Gotha, Pößneck und Jena, ist die Gehilfenschaft in Teilstreiks eingetreten. Von den nahezu 2500 Buchdruckern in Thüringen haben über 700 den geforderten Lohn erhalten. Am Sonnabend legte ein großer Teil der Gehilfenschaft, die ihr Arbeitsverhältnis gekündigt hatte, die Arbeit nieder.

(WTB.) **Magdeburg**, 12. April.

Die hiesigen bürgerlichen Buchdruckereibetriebe haben, nachdem die Buchdrucker im Verlag des hiesigen „General-Anzeigers" wegen nicht voller Bewilligung der Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt hatten, die Aussperrung beschlossen.

So handeln Sozialdemokraten

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 14. April.

Am Sonnabend wurden vier Streikposten der Warenhausangestellten von der Polizei des Sozialdemokraten Richter verhaftet.

Bündnisverträge gegen Sowjetrußland

Paris, 12. April.

Der „Daily Mail" zufolge wird während des Pariser Aufenthaltes des rumänischen Königspaares ein franko-rumänischer Bündnisvertrag ausgearbeitet werden. Es verlautet weiter, daß die Generalstäbe der beiden Länder in einen Meinungsaustausch über bestimmte Maßnahmen eintreten werden, die die Durchführung des Vertrages sicherstellen sollen.

Köln, 12. April.

Die „Kölnische Zeitung" erfährt von ihrem Pariser Vertreter, daß Rumänien und Japan einen Bündnisvertrag für den Kriegsfall mit Rußland unterzeichnet hätten.

Tschitscherin läßt Poincaré ablaufen

(WTB.) **Moskau**, 12. April.

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur weist Tschitscherin namens der Sowjetregierung in einem Antworttelegramm an Poincaré den Versuch der französischen Regierung, sich in den Kiewer Prozeß einzumischen, entrüstet zurück, einen Versuch, der den elementarsten Gepflogenheiten und der Achtung vor der Souveränität des anderen Staates widerspreche. Der vorbrecherische Charakter des Vorgehens der in Kiew Verurteilten sei der französischen Regierung schon dadurch bekannt, daß sie für den französischen militärischen Geheimdienst tätig gewesen seien. Die französische Regierung nehme ihre eigenen Spione unter der Maske der Humanität in Schutz. Diese feindliche Handlung sei nur ein Glied in der Kette der anderen, wie sie die Sanktionierung der Bessarabischen Annexion und die Verhinderung des Abkommens mit China darstellten. Die breiten Volksmassen der Sowjetunion vergäßen nicht, welche Leiden und Verwüstungen die französische Intervention verursacht habe. Das Volk erkenne, daß die französische Regierung zum Unterschied von den anderen Westmächten ihre feindliche Politik gegenüber den Sowjetrepubliken noch heute fortsetze.

Wilhelm junior und die Reichswehr

(Eig. Ber.) **Breslau**, 11. April.

Wilhelm junior, der aus Wieringen wieder in die Arme einer seiner Frauen zurückgekehrt ist, hat am Mittwoch in Breslau zusammen mit der Reichswehr für die Monarchie, für seinen Thron, demonstriert. Er erschien in einem sogenannten Wohltätigkeitskonzert der Reichswehrkapellen Schlesiens im Zirkus. Das völkische Publikum begrüßte ihn mit Hochrufen und die Offiziere der Reichswehr defilierten an ihm vorbei.

•

Minister der völkisch-monarchischen Reichswehr ist immer noch der „demokratische Republikaner" Geßler; ihr Oberbefehlshaber der General Seeckt, dessen Loyalität und republikanische Gesinnung dem „Vorwärts" Tränen der Rührung entlockt.

Gesicht und Wesen der Wahlparteien

Die Sozialdemokratie

II.

Die Arbeit in den Parlamenten zerfällt in zwei Arten, in solche, die bestehende Positionen zu erhalten versucht und in solche, die neue Positionen zu erringen trachtet.

Die Verfassung von Weimar ist eine gesetzlich fixierte offene oder versteckte Beseitigung der Rechte, die sich das Proletariat im November 1918 errungen hatte. Die der sozialdemokratischen Programmforderung der „Expropriation der Expropriateure" diametral gegenüberstehende Festlegung der „Unantastbarkeit des Eigentums" ist das wesentlichste Merkmal der Verfassung. Die SPD. hat dieser Verfassung zugestimmt. Hätte sie ihr die Zustimmung versagt, dann konnten alle übrigen Parteien zusammen nicht genügend Stimmen aufbringen, um der Verfassung Rechtsgültigkeit zu geben.

Eine weitere Position wurde von der SPD. in der Nationalversammlung aufgegeben: die Arbeiterräte. Den Soldatenräten hatte Noske schon längst das Lebenslicht ausgeblasen; sie hatten mit dem Abbau des alten Heeres auch ihren überragenden Wert eingebüßt. Anders stand es um die Arbeiterräte, ihrem Wesen nach eine starke Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Alleinherrschaft der Klasse der Besitzenden. Sie zu beseitigen, wäre den Besitzenden um die Jahreswende 1919/20 nicht möglich gewesen. Der Begriff „Räte" mußte also verwässert werden. Man machte aus Arbeiterräten Betriebsräte, engte ihre Befugnisse ein, belastete sie mit der Verpflichtung, **auch die Interessen des Unternehmens den Arbeitern gegenüber zu wahren. Dieser Karrikatur der Räteidee gab die SPD. ihre ungeteilte Zustimmung und half dadurch, die proletarische Position der revolutionären Arbeiterräte zu beseitigen.**

Wie sie die Interessen des Proletariats vertritt, bewies die SPD. sodann bei der Erzbergerschen Steuergesetzgebung. Das neue Einkommengesetz diktierte, daß vom Gehalt, Einkommen oder Lohn mindestens 10 Prozent brutto als Steuer einbehalten werden müssen. Jeder Unternehmer wurde so zum Steuerexekutor an seinen von ihm Ausgebeuteten. Die SPD. hat ihre Zustimmung zu dieser Lohnsteuer nicht einmal abhängig gemacht von der entsprechenden Besteuerung des Besitzes.

Noch grotesker war die Haltung der SPD. bei den indirekten Steuern. In dem Ringen um die Ermäßigung und Milderung der Verbrauchssteuern, die doch zu 95 Prozent vom Proletariat aufgebracht werden muß, hat die SPD. nicht gegen die Kapitalisten gekämpft, sondern sich mit Zynismus gegen alle kommunistischen Versuche gewendet, die Lasten auf die Schultern der Besitzenden zu legen.

Bei der Umsatzsteuer, dem volksfeindlichsten aller indirekten Steuern, verlangte die SPD. sogar allen Ernstes, die Steuer noch über den Entwurf der Regierung hinaus zu erhöhen. Selbst die bürgerlichen Parteien wollten abstreichen; die Kommunisten verlangten Beseitigung. Nur dem Umstand, daß die SPD. nicht ausreichend Stimmen hatte, um ihren Antrag durchzubringen, ist es zuzuschreiben, daß wir nicht schon zwei Jahre die Umsatzsteuer in der Höhe von 2½ Prozent bezahlen durften.

Das Verhalten der SPD. war immer das gleiche und, wie sie selbst angibt, **von dem Gedanken geleitet: wie schütze ich die Republik?**

Die deutsche Republik hat nur wenige Freunde. Ein großer Teil der Arbeiter lehnt sie ab wegen ihres rein kapitalistischen Inhalts. Ein großer Teil des Bürgertums will zur Monarchie zurück. Es ist nur natürlich, daß die das Großkapital vertretende Großbourgeoisie in der Frage der Staatsform sich weder zu Fisch noch zu Fleisch bekennt; sie will sich nicht engagieren in dem Kampf: **hie Monarchie — hie Republik, weil** sie ihn für unnötige Kräftevergeudung ansieht. Ihr ist die Staatsform egal, ihr liegt nur daran, den Staatsinhalt so zu gestalten, daß er ihr dienstbar ist.

Es braucht nur irgend ein Schlaumeier die „Gefahr für die Republik" an die Wand zu malen, dann hat er die VSPD. für seine Pläne gewonnen. Ob die Dinge, die zur Erhaltung der deutschen kapitalistischen Republik notwendig erscheinen, den Untergang der arbeitenden Klasse zur Folge haben, erscheint der VSPD. nebensächlich. Die Hauptsache ist, daß die Republik erhalten bleibt.

An dem Hauptaugenmerk auf den Inhalt der geltenden Staatsform hat es die VSPD. bisher fehlen lassen. Bei ihrem einseitigen Blick für die Staatsform hat sie alle Interessen des Proletariats preisgegeben, der Staatsform geopfert. Sie kann sich mit Recht als die „einzige staatserhaltende Partei" bezeichnen. (Ausspruch Sollmanns auf dem Parteitag der VSPD. 1923 in Augsburg. Der Ausspruch wäre richtiger gewesen, wenn er „staatsformerhaltend" gelautet hätte). In diesem Ausspruch liegt aber zugleich unausgesprochen die Tatsache, daß alle anderen politischen Parteien mehr auf die Wahrung der Interessen ihrer Klasse als auf den Bestand „unserer Staatsform" geachtet haben. Das Bekenntnis der bürgerlichen republikanischen Parteien zur Republik war immer nur sehr platonisch und von den besonderen Klasseninteressen der hinter ihnen stehenden Kreise bedingt.

In ihrem Streben nach der Erhaltung der Republik mußte die VSPD. natürlich Bedacht darauf nehmen, es nicht mit jenen Kreisen zu verderben, denen die Staatsform so lange Hekuba ist, als sie den Inhalt für sich dienstbar machen können: die Kreise der Großbourgeoisie. Der geringste Versuch, an deren Herrschaft zu tippen, d. h. ihre wirtschaftliche Alleinherrschaft zu brechen, wird von der Großbourgeoisie natürlich mit einem Schlag gegen die Republik beantwortet. **Die Forderung nach Erfassung der Sachwerte war im Munde der VSPD. Theaterdonner.**

Das dunkelste Kapitel der VSPD. ist ihr Verhalten zu den beiden Ermächtigungsgesetzen im Oktober und Dezember 1923. Die Ermächtigungsgesetze schufen den „gesetzmäßigen" Boden, aus dem ein ganzer „Blütenstrauß" von Knebelungen für das Proletariat erwuchs: Beseitigung des Achtstundentages; Abbau der Löhne; Entlassung von einem Viertel aller Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden; Beseitigung der Demobilmachungsverordnungen, demzufolge Arbeiterentlassungen und Betriebsstillegungen ganz dem Ermessen der Unternehmer anheimgegeben wurden; Einschränkung der Sozialfürsorge; Abbau der Erwerbslosenunterstützung; Ueberbürdung der Lasten der Erwerbslosenunterstützung auf die Arbeiter; Beseitigung aller Rechtsgarantien u. a. mehr.

Man darf die VSPD.-Politiker nicht für so dumm halten, daß sie die Wirkungen der Ermächtigungsgesetze nicht hätten voraussehen können. Die VSPD. opferte mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes freiwillig rund ein Drittel ihrer Mandate. So etwas darf und muß eine proletarische Partei tun, wenn es die Interessen der proletarischen Klasse erfordern. Die Ermächtigungsgesetze aber liegen im ausgesprochenen Interesse der besitzenden Klasse. Auch das wußte die VSPD. Wenn sie ihnen trotzdem zustimmte, so nur deshalb, weil sie fürchtete, durch eine Opposition das Proletariat Deutschlands auf eine gemeinsame oppositionelle Linie gegen die Republik zu bringen, woran sie hätte sterben können. Die VSPD. stimmte den Gesetzen zu, um die Republik zu erhalten. Um diesen Preis verriet sie die Interessen der Proletarier, gab sogar einen Teil ihrer parlamentarischen Position hin. Besser einige Dutzend Mandate verlieren und die Republik erhalten, als einem siegreichen Proletariat die Republik opfern und — alle Mandate und Pfründen und Posten und Pöstchen obendrein.

Die Proletarier mögen urteilen, nicht über das, was die VSPD.-Politiker sagen, auch nicht über das, was der Name „Sozialdemokratie" sagt, sondern über das, was die VSPD. gestern tat und was sie noch tut. **Das Urteil der Klasse der Besitzlosen über die VSPD. muß ein vernichtendes sein.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0002

Die Eisenbahnverwaltung läßt verdienen

Die Eisenbahnverwaltung huldigt dem Grundsatz: Man muß sparen, um splendid sein zu können. Nach solchem Grundsatz verfährt die Eisenbahnverwaltung. Die Löhne, die sie den Eisenbahnern zahlt, sind in den unteren Gruppen so niedrig, daß sie bei zahlreicher Familie vor dem Verhungern unmöglich sichern können. Ueberdies wird so an Personal gespart (durch Abbau), daß vielfach die Häufung von dringlichen Arbeiten das Heranziehen von Privatunternehmern notwendig macht. So ist einem Privatunternehmer vom Hauptmateriallager Köpenick Arbeit überwiesen worden. Selbstverständlich wird hier nicht gespart. Die Eisenbahn selbst bezahlt ihren Eisenbahnern bei der gleichen Arbeit 36 Pf Stundenlohn, der Privatunternehmer zahlt seinen Arbeitern 17 Pf. mehr, also 53 Pf. Stundenlohn. Und dabei hat der Unternehmer pro Arbeiter und Stunde noch einen Bruttoüberschuß von 22 Pf., denn er bekommt von der Eisenbahn pro Arbeiter und Stunde 75 Pf. Das ist mehr als das Doppelte der Stundenlöhne, die die Eisenbahnverwaltung den Eisenbahnarbeitern zahlt. Aber nur wenn man spart, wie die Eisenbahnverwaltung, kann man auch so splendid sein, wie die Eisenbahnverwaltung ist.

Stabilisierung!

Textilwaren sind seit den letzten 14 Tagen um etwa 20 Prozent im Preise gestiegen. Die Fabrikanten berechnen ihre Preise nicht in Papier- oder Rentenmark, sondern in Devisen.

Die Schuhindustrie kündigt erhöhte Preise an.

Die Tabakfabrikanten kündigen wegen angeblicher Erhöhung der Rohtabakpreise eine 30prozentige Preiserhöhung an. Der Reichsindex für Lebenshaltung ist in der letzten Woche um 3,7 Prozent gestiegen.

Kommunistische Erfolge bei den Betriebsratswahlen

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 14. April.

Rheinische Stahlwerke Hilden (Belegschaft ca. 2000 Mann): Sämtliche Betriebsräte oppositionelle, die Sozialdemokraten hatten keine eigene Liste aufgestellt.

Firma Jüntgen, Lederfabrik, desgleichen.

Firma Alex. Koppel: Oppositionelle Betriebsräte sechs, Sozialdemokraten keine und Christen zwei.

Politische Notizen

Sie werden sich einigen. WTB. berichtet: Die gestrigen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum wurden durch die bekannte Entscheidung der Reparationskommission vom 11. April erleichtert. Es wurde in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt und es besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die heute vormittag fortgesetzt werden, vor Ablauf des Vertrages zu einem Abschluß führen. — Es kommt also, wie wir vorausgesagt haben. Das Geschrei für die Untragbarkeit der Micumverträge wurde nur erhoben, um den Arbeitern sagen zu können. Es war nichts zu erreichen; Ihr müßt die Opfer weiter bringen.

Pressevorbot im besetzten Gebiet. „Havas" meldet aus Koblenz, daß die Rheinlandkommission beschlossen hat, die „Fliegenden Blätter" auf zwei Monate, die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und ihre illustrierte Ausgabe „Wort im Bild" sowie die in München erscheinende „Großdeutsche Zeitung" auf einen Monat und die „Siegener Zeitung" auf drei Monate zu verbieten.

Ausland

Die Termine der französischen Kammerwahlen

(WTB.) **Paris**, 14. April.

Im Journal officiel ist die Verordnung über die Neuwahlen am 11. Mai erschienen. Die Stichwahlen finden am 25. Mai statt. Die neue Kammer wird am Sonntag, dem 1. Juni zusammentreten. Sie wird nach den letzten Beschlüssen des Parlaments nur noch 584 statt 626 Abgeordnete umfassen.

Währungsstabilisierung in Polen

(WTB.) **Warschau**, 14. April.

Ein außerordentlicher Ministerrat hat den Plan der Abänderung der polnischen Währung angenommen. Vom 1. Juli an ist die Mark kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr, sondern der Zloty, dessen Wert auf 1 800 000 polnische Mark festgesetzt ist. Nach dem 31. Mai 1925 verliert die Marknote ihre Gültigkeit.

Schweizer Sozialdemokraten gegen die Unterstützung deutscher Arbeiter

Bern, 12. April.

Die Berner Sozialdemokraten haben wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. In der Stadtverordnetenversammlung wurde vor 2 Monaten eine Anfrage gestellt betr. einer Hilfsaktion für Deutschland. Es handelte sich um 10 000 Fr., wovon 5000 der deutschen Arbeiterschaft zugestellt werden sollten. Nachdem der Antrag zwei Monate lang verschleppt wurde und endlich auf die Tagesordnung kam, hat sich herausgestellt, daß bei der Abstimmung eine große Anzahl Sozialdemokraten vor der Abstimmung den Saal verließ und viele sich der Abstimmung enthalten haben. Der Antrag wurde dadurch natürlich abgelehnt.

So sieht die sozialdemokratische Solidarität aus!

Abstimmung über den Bergarbeiterstreik in England

(WTB.) **London**, 11. April.

Bei der Abstimmung unter den Bergarbeitern über den Lohnvorschlag wurde dieser mit 338 550 gegen 222 392 verworfen. Dieses Ergebnis bedeutet aber nicht den Ausbruch des Streiks. (Dazu gehört Zweidrittel-Majorität.)

Die Abstimmung der Bergarbeiter in Wales über die Angebote der Arbeitgeber hatte folgendes Ergebnis: für Annahme stimmten 47 125, gegen Annahme 77 231 Arbeiter.

Arbeiterkämpfe in Norwegen

Christiania, 12. April.

Die Hafenarbeiter in Norwegen führen seit längerer Zeit einen heldenhaften Kampf gegen das immer frecher auftretende Unternehmertum. Die Verhandlungen über die Streiks und Aussperrungen sind ergebnislos geblieben, da die Unternehmer auf ihrer Forderung beharrten, finanzielle Garantien von den Gewerkschaften zu verlangen, um in der Zukunft wilde Streiks zu vermeiden. — In zahlreichen Städten ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen, wobei das Militär mit größter Brutalität vorging.

Die Streikbrecher, die „Technische Nothilfe", werden von den Streikenden derart verfolgt, daß sie ihre Arbeit fast überall einstellen müssen.

Verhaftung von weißgardistischen Offizieren

(WTB.) **Moskau**, 12. April.

Auf Veranlassung der Sowjetbehörden verhafteten die chinesischen Behörden in der Mandschurei 23 russische weißgardistische Semenow-Offiziere, die Ueberfälle auf die Sowjetgrenze organisierten.

„Arbeiter"-Regierungen auch in Australien

(R.) **London**, 14. April.

Das Ergebnis der Wahlen in Süd- als Westaustralien hat einen Regierungswechsel zur Folge. In beiden Staaten hat die Arbeiterpartei die Regierungsbildung übernommen. In Westaustralien wurde Collier und in Südaustralien Gunn Ministerpräsident. Da Tasmanien und Queensland bereits Arbeiterregierungen haben, sind nunmehr vier von den sechs australischen Gliedstaaten von einem Kabinett der Labour Party regiert.

Zur Diskussion in der Partei

Die Aufgaben der Partei

Von Hans Urban

Die Parteimitgliedschaft hat sich entschieden. Auf dem kommenden Parteitag ist die Linke der Partei mit weit über zwei Drittel aller Mandate vertreten. Die Linke übernimmt also die Führung der Partei. Sie wird die Zentrale nicht allein besetzen, sondern wird der Mittelgruppe ihrer Stärke gemäß Sitze in der Zentrale einräumen, um ein gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen Mittelgruppe und Linke zu gewährleisten. Aber die Führung der Partei muß die Linke übernehmen, das ist der Wille der Mitgliedschaft.

Die Partei geht durch eine schwere Krise, die nicht nur eine Krise der KPD., sondern eine Krise der Kommunistischen Internationale ist. Bis zum Oktober war die Partei an Stärke gewachsen und der Gürtel der mit uns Sympathisierenden war ständig breiter geworden. Machen wir uns nichts vor, der Gürtel der Sympathisierenden ist durch den Oktoberrückzug enger geworden und die Partei steht erneut vor der Aufgabe, die Massen des Proletariats zu gewinnen. Sie kann diese Massen nur dauernd gewinnen, wenn sie überall und bei jeder Gelegenheit ihr eigenes Gesicht wahrt und sich keine sozialdemokratische oder gar demokratische Maske (Arbeiter-Regierung im Rahmen der Weimarer Verfassung, 51 Prozent Schwerterfassung durch den bürgerlichen Staat) umbindet.

Wie ist die Lage in Deutschland? Die Ursachen der Krise und alle Fragen, die durch den Weltkrieg und den militärischen Zusammenbruch im November 1918 zur Tagesordnung standen, sind nicht gelöst, im Gegenteil, sie haben sich verschärft und vertieft, sind sind bis heute ungelöst. Wenn heute auf die „Stabilisierung" der Mark und die dadurch eingetretene Beruhigung des Wirtschaftslebens hingewiesen wird, so steht demgegenüber eine in Deutschland nie gekannte Arbeitslosigkeit, Verlängerung der Arbeitszeit und Hungerlöhne, also nur ein langsames Tempo der Entwicklung der sozialen Gegensätze, da jetzt die Inflationsstreife fehlt. Die Ruhrkrise ist für die deutsche Bourgeoisie überwunden. Sie hat sich mit der französischen Industrie verständigt, das Nutzgebiet bleibt in den Händen der Franzosen, ganz gleich, ob die Besetzung aufrecht erhalten bleibt oder nicht. Die Micum-Verträge, die zu neuer Ausplünderung der werktätigen Massen von den Industriellen benutzt werden, sind das Bindeglied zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie. Das kampflose Zurückweichen der Arbeiterschaft im Oktober vor der unverhüllten Diktatur der Schwerindustrie, die durch die widerstandslose Hinnahme der beiden Ermächtigungsgesetze und den Belagerungszustand zum Ausdruck kam, die zunächst kampflose Hinnahme der verlängerten Arbeitszeit durch einzelne Teile der Arbeiterschaft, besonders der Bergarbeiter, wirkte für die Bourgeoisie günstig und entspannend. Deshalb konnte die Bourgeoisie auch ihre politische Haltung ändern, für sie ist es aus außenpolitischen Momenten angebrachter, ohne den militärischen Belagerungszustand zu regieren. Gerade der ohne Kampf des Proletariats zurückgenommene Belagerungszustand zeigt den Sieg der Bourgeoisie, den sie über die Arbeiterschaft errungen hat.

Die Deutschvölkischen treten in eine andere Periode ihrer Entwicklung ein. Sie werden eine [illegible]mentarische Partei, die sich aus Kleinbürgern, [illegible] und einem Teil Arbeitern zusammensetzt, die ihre Forderungen nicht mehr durch den Putsch, sondern auf dem ruhigen platten Boden des Parlaments durchsetzen wollen. Sie sind bereits in einigen Kommunen und Ländern regierungsfähig geworden.

In den westeuropäischen Ländern verschärfen sich die Gegensätze. Die englischen Arbeiter rebellieren schon heute z. B. gegen die „Arbeiter-Regierung", die genau wie die Sozialdemokraten in Deutschland gegen die streikenden Arbeiter mit dem Belagerungszustand vorgeht. Die Arbeiter Englands und besonders die Einwohner der englischen Kolonien erkennen immer mehr, daß die englische Labour-Party-Regierung gut kapitalistisch-bürgerliche Politik macht. Auch die zweite Poincaré-Regierung kann gegen die Arbeiterschaft, die sich gegen die Folgen des Frankensturzes jetzt bereits durch größere Streiks wehrt, nur mit dem Belagerungszustand regieren. Der Frankensturz eröffnete die Aussicht größerer Massenkämpfe in Frankreich. Die Militärdiktatur in Spanien hat in Marokko eine Niederlage erlitten, die im Lande hervorgerufene Mißstimmung glaubt sie durch einen neuen Feldzug, der mit größeren Kräften gegen die Marokkaner unternommen werden soll, zu beseitigen. Sie schafft damit die Voraussetzung für die gesteigerte erfolgreiche Tätigkeit der Revolutionäre.

Was sind nun die Aufgaben der Kommunistischen Partei? Da müssen zunächst die alten unbestrittenen Aufgaben der KPD. gelöst werden. Die Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft gegen die Verlängerung der Arbeitszeit müssen zusammengefaßt werden. Gerade, daß die Ludwigshafener Arbeiter in der Chemie allein kämpfen und die chemischen Arbeiter Mitteldeutschlands nicht aktiv in den Kampf eingriffen, daß die chemischen Arbeiter Mitteldeutschlands noch nicht erkannt haben, daß nur der gemeinsame Kampf aller chemischen Arbeiter die Machtgelüste der Chemiegewaltigen zurückschlagen kann, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die KPD. es noch nicht genügend verstanden hat, die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit der Führung des rücksichtslosesten Klassenkampfes zu überzeugen und die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens sowie die Kampfmethoden der Unternehmer klarzumachen. Die Kämpfe an der Wasserkante, die Streiks und Bewegungen der Eisenbahner zeigen, daß die Arbeiterschaft in immer größerem Maßstabe sich gegen den Angriff der Unternehmer wehrt. Unter der Losung: Wiedererkämpfung des Achtstundentages müssen alle Kämpfe verbunden werden.

Eine noch nicht gelöste Aufgabe ist die Politisierung der Betriebsrätebewegung. Leider gibt es noch heute Betriebsräte, die ihre Aufgabe nur in den ihnen vom Betriebsrätegesetz vorgeschriebenen Aufgaben, also Schutz des Unternehmertums, Steigerung der Produktion zum Nutzen des Privatunternehmers, Bewahrung des Betriebes vor Erschütterungen, sehen. Die Betriebsrätebewegung nahm einen verheißungsvollen Anfang, doch wurde sie nicht konsequent weitergeführt. Betriebsräte dürfen nicht nur Organe der Gewerkschaften sein, sie sollen und müssen die künftigen Führer der Belegschaften im wirtschaftlichen und politischen Kampfe sein. Deshalb müssen sie vor ganz konkrete wirtschaftliche und politische Aufgaben gestellt werden. Doch erst dann, wenn die Betriebsräte lebendig und beweglich sind, kann die Frage der Umwandlung der Betriebsräte zu Räteorganen gestellt werden.

Die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung müssen durch eine scharfe und intensive Propaganda und Arbeit auf die kommende Entwicklung hingewiesen werden. Wie in der Gewerkschaftsfrage die Frage: Moskau oder Amsterdam stand, wie unter diesem Schlagwort die Auseinandersetzung mit den Reformisten in den Gewerkschaften geführt wurde, so muß in der breiten Oeffentlichkeit die Arbeit unter der zusammenfassenden Parole: Rußland oder England geführt werden. Diese Fragestellung rollt die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa und vor allen Dingen die Fragen von der Demokratie, dem Völkerbund und von der proletarischen Diktatur auf.

Innerparteilich muß noch alles getan werden, was bisher propagiert worden ist. Seit länger als Jahresfrist reden wir von der Notwendigkeit der Umstellung der Partei auf die Betriebe. Und der Erfolg? Einige Betriebe haben wohl Betriebszellen, die teilweise sehr gut arbeiten, aber von einer Umstellung der Partei auf die Betriebe kann nicht gesprochen werden.

Die Mitglieder der Partei müssen mehr politisiert werden. Es ist direkt beschämend, wenn einzelne Mitglieder sagen: Wir haben ja unsere Führer, die werden uns schon führen. Das ist einfach und bequem und erspart eigenes Denken. Es ist gewiß eine Notwendigkeit, daß die Mitglieder Vertrauen zu ihrer Führung haben, es ist sogar eine Voraussetzung einer guten Führung, aber dieses Vertrauen darf nicht blind sein, sondern muß politisches Vertrauen sein. Die Mitglieder der Partei müssen mit den schwebenden taktischen, theoretischen und internationalen Fragen vertraut gemacht werden, damit sie politische Entscheidungen und Urteile selbst treffen können. Erst wenn die Partei diese Arbeit ernsthaft in Angriff nimmt, dann wird sich ein verantwortungsbewußter Funktionärstamm heranbilden, der sich über die Aufgaben und Entwicklung der Partei im Klaren ist.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die sehr schnell gelöst werden muß, ist die politische Verbindung der einzelnen Bezirke untereinander. Besonders unser Bezirk war von Berlin-Brandenburg, der unser Nachbarbezirk ist und mit dem wir wirtschaftlich sehr eng verbunden sind, politisch getrennt, ein Vergehen der alten Zentrale und früheren Bezirksleitungen, das sich beim Cuno-Streik sehr schwer rächte. Die Wunden, die der jahrelange Kampf zwischen rechts und links der Partei geschlagen hat, müssen durch Liquidierung der Gruppen geheilt werden.

Bei allen Anlässen und bei allen Gelegenheiten muß die Partei ihr eigenes Gesicht wahren, scharf und klar sich von der Sozialdemokratischen Partei abgrenzen. Die Arbeiterschaft muß durch die Betriebsräte, durch die Kontrollausschüsse und die Erwerbslosenräte einheitlich zusammengefaßt werden.

Das sind bescheidene Forderungen, nur die allernotwendigsten, die uns aber jetzt auf den Nägeln brennen, die die Partei unbedingt und schnell erfüllen muß. Wird die Partei diese Aufgabe lösen können? Die rechten Tendenzen in der Partei sind nicht beseitigt, alle Fragen, die vor der Partei stehen, sind noch nicht beantwortet. Der Parteitag muß eine Antwort geben, er kann die Antwort nicht auf alle Fragen geben, da die Herauslösung eines klaren kommunistischen Kerns aus einer Partei, die mit opportunistischen und reformistischen Tendenzen überreichlich behaftet war, eine schwere Aufgabe ist. Doch von der richtigen oder falschen Lösung hängt das Schicksal der Kommunistischen Partei und demgemäß das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse ab.

Hierzu ist zu bemerken, daß sich die Führer der australischen Labour Party im Weltkrige als Sozialimperialisten im schlimmsten Sinne des Worts bewährt haben. Es versteht sich danach von selbst, daß sich die australischen „Arbeiter"-Regierungen ebenso wie die Regierung Macdonald als die besten und zuverlässigsten Geschäftsführer des englischen Imperialismus erweisen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am Freitag tagten im Volksparksaal die Arbeitnehmer in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben, um zur augenblicklichen gewerkschaftlichen Situation, wie auch zu den Lohn- und arbeitspolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Kollegen Wernicke, jetziger Bezirkssekretär des ADGB. für die Provinz Sachsen und Anhalt, sowie der Kollege Flücht, der Bevollmächtigte der hallischen Filiale, legten in ihren Ausführungen die Notwendigkeiten der gewerkschaftlichen Organisation wie auch die augenblickliche Lage dar. Ganz besonders wußte der Kollege Wernicke die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller beschäftigten Arbeitnehmer darzulegen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß das Unternehmertum keine Stärke aus der augenblicklichen Zersplitterung der Arbeitnehmerschaft zieht. Der Kollege Flücht legte die reaktionäre Lohnpolitik des Reiches und der Kommunalverwaltungen dar, die sich leiten lassen von den scharfmacherischen Tendenzen innerhalb des gesamten Unternehmertums. Er schilderte das schamlose Vorgehen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden in bezug auf die Gemeindearbeiterlöhne.

In der lebhaft einsetzenden Diskussion setzten sich die Redner mit aller Entschiedenheit für die Einheitsorganisation in öffentlichen Betrieben ein. Nachstehende Resolutionen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die am Freitag, dem 11. April, im „Volkspark" (Halle) stattfindende Versammlung der öffentlichen Arbeitnehmer erkennt die Notwendigkeit einer geschlossenen Front aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben an. Dem einheitlichen rigorosen Vorgehen aller Unternehmer einschließlich der Regierungen und der Kommunalverwaltungen kann nur ein einheitlicher Block aller öffentlichen Arbeitnehmer gegenübergestellt werden.

Die Versammelten stehen in dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der aufgebaut ist auf die Betriebsform, die einheitliche Industrieorganisation für alle öffentlichen Arbeitnehmer. Sie verlangen von dem Hauptvorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, daß er die Bestrebungen energisch fortsetzt, um eine Verschmelzung aller in öffentlichen Betrieben noch vorhandenen Organisationen herbeizuführen.

Zu gleicher Zeit geloben die Versammelten, mit verstärkten Kräften die Werbearbeit für den Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter vorzunehmen und alles einzusetzen, um in Halle die Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben zu bilden."

Eine weitere Entschließung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Die am Freitag, dem 11. April, im „Volkspark" (Halle) tagende öffentliche Gemeindearbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung von dem ungeheuren Lohndruck des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden Kenntnis.

Die Gemeindearbeiter verlangen vom Magistrat, daß er dem unsozialen und geradezu wahnsinnigen Treiben des Arbeitgeberverbandes Einhalt bietet.

In einer Zeit der steigenden Preisverhältnisse wirkt der Lohnabbau für einzelne Gruppen der Gemeindearbeiter wie eine Provokation. Die Gemeindearbeiter werden den Weisungen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Mit Wirkung ab 15. April verlangen die Gemeindearbeiter der Stadt Halle eine Aufbesserung der Löhne über den zuletzt gefällten Schiedsspruch von 15 Pfennig in allen Lohngruppen hinaus.

Sollte nicht in Kürze eine endgültige Lohnregelung in diesem Sinne erfolgen, so muß dem Magistrat die Verantwortung überlassen werden, da die Gemeindearbeiter nicht gewillt sind, bei der Arbeit dem Hungergespenst in die Augen zu sehen."

Die Versammlung wurde nachts um 12 Uhr von dem Kollegen Flücht mit einem warmen Appell an die anwesenden Funktionäre und Mitglieder geschlossen, indem er alle aufforderte, in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs, des Staats und der Gemeinden sich mit Wärme für die Einheitsorganisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten innerhalb des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzusetzen.

Arbeiter, die Ludwigshafener Anilinproleten kämpfen auch für Dich! — Unterstütze sie und sammle für Deine streikenden und hungernden Klassengenossen in Ludwigshafen!

Kurze gewerkschaftliche Nachrichten

Alle oppositionellen Holzarbeiter

müssen an der am Dienstag, dem 15. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" stattfindenden Mitgliederversammlung teilnehmen. Kein einziger oppositioneller Holzarbeiter darf fehlen.

Vertrauensleute und Baudelegierte des Zimmerverbandes und des Baugewerksbundes. Morgen abend bis 7 Uhr Material abholen im Bureau des Zimmerverbandes, Harz und im Bureau des Baugewerksbundes, Lerchenfeldstraße.

Baugewerksbund und Zimmererverband. Am Donnerstag, dem 17. April, abends 7½ Uhr, findet im großen Saal des „Volkspark" eine gemeinsame Mitgliederversammlung statt, die zur Lohnfrage Stellung nehmen soll. **Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0003

Versammlungen der KPD.

Ortsgruppe Halle.

Oberbezirksversammlungen. Dienstag, 15. April, abends 7½ Uhr. **Zentrum:** Distrikte 1, 2, 3, 4, 14, 15: „Gold. Kette", Alter Markt. — **Süd:** Distrikte 8, 9, 9 a, 10: „Loofts Hof". — **Nord:** Distrikte 16, 17, 18, 19, 20: „Volkspark". — **West:** Distrikte 5, 6, 7, 7 a, 21: „Produktiv-Genossenschaft". — **Ost:** Distrikte 11, 12, 13, 13 a, 22: Restaurant Schwerdtfeger, Friesenstraße.

Distrikt 8. Mittwoch, den 16. April, abends 7½ Uhr, im „Dreibund", Dryanderstraße 22. **Distriktssitzung.**

Halle-Saalkreis

Diemitz. Dienstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" **Mitgliederversammlung.**

Nietleben. Dienstag, den 15. März, abends 7½ Uhr, in der „Sonne" **Mitgliederversammlung.**

Dammendorf. Montag, 14. April, abends 8 Uhr, bei Weißer: **Oeffentliche Wählerversammlung.**

Mansfelder Seekreis.

Eisleben. Dienstag, 15. April, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus": **Sitzung der KPD.-Betriebsräte und oppositionellen Gewerkschafter.** Referent zur Stelle.

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Dienstag, 15. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Bahnhof": **Oeffentliche Wählerversammlung.** Referent: Landtagsabgeordner König, Weißenfels.

Kreis Zeitz

Zeitz. Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentliche Wählerversammlung.** Ref.: **Hedwig Krüger, Halle.**

Kreis Wittenberg

Piesteritz. Donnerstag, 17. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentliche Wählerversammlung.**

Kreis Liebenwerda

Weinberge-Liebenwerda. Dienstag, 15. April, abends 8 Uhr, im Lokal Große: **Oeffentliche Wählerversammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Gustav Menzel, Halle.

Liebenwerda. Mittwoch, 16. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Kaiserkrone": **Oeffentliche Wählerversammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Gustav Menzel, Halle.

Zobersdorf. Donnerstag, 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Wählerversammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Gustav Menzel, Halle.

Mühlberg. Freitag, 18. April, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Wählerversammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Gustav Menzel.

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Donnerstag, 17. April, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle": **Oeffentliche Wählerversammlung.**

Bekanntmachung

Der von dem Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg genehmigte VI. Nachtrag vom 22. Februar 1924 zur Ordnung betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle im Bezirke der Stadt. gemeinde Halle, liegt im städtischen Steuerbureau — Rathausstraße 19 I Zimmer 58 — zur Einsichtnahme aus.

Halle, den 9. April 1924

1305 **Der Magistrat.**

Achtung, Hausfrauen! 1310

Solange Vorrat reicht, folgende spottbillige Preise:

Prima Kakao, erste Marken . . . Pfund **90** und **95** Pf.
Prima Schmelzschokolade . **3** Tafeln à 100 g **100** Pf.
Prima Speiseschokolade . . **3** Tafeln à 100 g **70** Pf.
Prima Vollmilchschokolade . . à Tafel 100 g **40** Pf.
Prima amerik. Vollmilch, 7—8% Fett, die große 16-Unzen-Dose **50** Pf.
Prima dän. Vollmilch, die große 16-Unzen-Dose **40** Pf.
Gezuckerte Milch . . . . 14-Unzen-Dose **45** Pf.
Prima Kaffeemischung, 20% Bohnen, 80% Malzkaffee, ungemahlen, das 250-g-Paket **30** Pf.
Prima Malzkaffee . . . . das 1-Pfd.-Paket **25** Pf.

Alle sonstigen Kolonialwaren zu Ausnahmepreisen:

Johannes Vetter, Mühlweg 29

Ecke Mühlweg-Ludwig-Wucherer-Straße

Porzellan		Emaille	
Kaffeekanne massiv, 50,75,95 ₰	1,25	Schmortöpfe Satz, 6 Stück	6,50
Serv.-Kaffeekanne groß	1,25	Ringtöpfe groß	1,50
Goldrand-Tassen	0,20	Kehrschaufel weiß	95 ₰
Kaffeeservice 9 teilig . . .	3,50	Nachtgeschirre weiß	95 ₰
Kaffeeservice 5 teilig . . .	2,50	Soda Sand Seife	95 ₰
Tonnengarnitur	15,00	Wannen . . .	2,25
Eßservice	29,00		

Aluminium-Schmortöpfe, 6 Stück 9,75

1315 Eßteller . . . . Stück 10 ₰

Broidosen	3,75	Gießkannen . .	95 Pf.
Kaff.- u. Zuckerdos.	0,60	Springformen . .	85 Pf.
Gewürztönnch., 6 Stck.	1,50	Fruchtpressen . .	95 Pf.

S. H. Schönbach

Schmeerstraße 1

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr:
Marquis von Keith.
Mittwoch: 1307
Geschlossen
Donnerstag:
Wilhelm Tell

Kochs Künstlerspiele „Bunte Bühne"
Jägergasse
Dir.: **Alb. Koch**
Man spricht von dem großen
April-Programm
Keine erhöhten Preise, trotz gewaltiger Unkosten
1300

Lichtspielhaus Delitz am Berge!
Programm f. Freitag, 18. April
Die Hafenlore 2. Teil
Drama in 6 Akten
Broncho Bill, der Erbe des Harems!
Spann. Wild-West-Drama in 3 Akten
Origin.-Schlangentänze der Indianer
Beginn 8 Uhr
Nachmittags 4 Uhr:
Gr. Familien- und Kindervorstellung
Erw. 70, Kinder 30 Pf.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

U.T.
Leipziger Straße 88
Mary Pickford
in dem amerikanischen Filmroman in 5 Akten
Das Mädel von Kentucky
1314
—
Larry Semon und die Apachen
Groteske in 2 Akten
—
Rund um die Welt
Taifun in Australien
—
Beginn 4 Uhr
UFA

W.T
Walhalla-Lichtspiel-Theater
Die
Seidel-Sänger-
Attraktion:
Die berühmten Serenissimus-Zwischenspiele
Durchlaucht kommt!
und das übrige **Programm**
—
Dazu der amerikanische Gesellschaftsfilm:
Die Nixe
oder
Das Abenteuer einer Mondnacht
6 Akte 6 Akte
—
Beginn 4.30 Uhr
UFA

U.T.
Alte Promenade 11a
Die 3. Woche!
Bei unverändert starkem Andrang
Die Nibelungen!
1. Film:
Siegfried
Ein deutsches Heldenlied in 7 Gesängen
Regie:
Fritz Lang
Vorführung:
3.30 6.00 8.40
—
Beginn 3.30 Uhr
UFA

Anzug-, Kostüm- und Mantel-Stoffe

zu enorm billigen Preisen empfiehlt

A. Reinsch, Tuchhandlung

Alte Promenade 17 186

Saat-Kartoffeln

garantiert Sandbodenware, aus Mecklenburg, Pommern u. der Mark stammend, sofort ab meinem Lager oder aus fast täglich bahnstehenden Waggons direkt lieferbar:

frühe u. mittelfrühe	späte (Herbstware)
Odenwälder blaue	up to date
Kaiserkronen	Industrie
Kuckuck	weiße Riesen
Juli-Nieren (Orig.-Saat)	Alma
Maikönigin	Vesta (Rauhschalige)

1303

Abgabe in jeder gewünschten Menge. Kontor u. Lager jetzt Magdeburger Straße 66 (am Riebeckplatz) Tel. 1425

Karl Erbe, Kartoffel-Groß-Handlung

Zeitungsausträger

für **Naundorf bei Beesenstedt** und **Ziegelrode** per sofort gesucht. Meldungen beim Verlag „Klassenkampf" Halle.

Frühjahrs- u. Sommerhüte, Lederhüte in großer Auswahl bei mäßigsten Preisen, da kein Laden. **Umarbeiten u. Umpressen**

1210] **Torstraße 1,** 1 Tr. (Post)

Mode-zeitungen

empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Achtung, Genossen!

Wäsche zum Plätten nimmt an

90 **Frau Lorenz**

Eilenburg, Kl. Mauerstr. 7—8 I.

Kinderwagenreifen Kinderschutzgürtel und Traggurte
„Ulrich"
Sanitätsgeschäft
vorm. **H. Kluppenbach**
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstraße 41

Bockwitzer Ländchen!
Zwei jg. Genossen suchen in Naundorf oder Lauchhammer ein
möbl. Zimmer
oder Schlafstelle
zu mieten 7
Werte Angebote an unsere Filiale in **Bockwitz, Volkshaus**

Homöopath
und 184
Naturheilkundiger
sowie **galvanische Behandlung**
Erich Tietze
Merseburg
Gr. Ritterstraße 1
Sprechst.: Dienstag b. Sonnabendvorm. von 9-12 nachm. von 2-6 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr

Rohproduktenhandlung **sucht** perfekte *249
Sortiererinnen
Nur schriftl. Offert. unt. **B. R. 4665** an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4

Achtung! 1306

An den Plakatsäulen ist zu lesen

Volkspark

Geschäfts-Wiedereröffnung!! 384

Nach erfolgtem Umbau eröffne mit dem heutigen Tage wieder mein

Delikateßgeschäft

Biete reelle und gute Ware zu äußersten Preisen an

Um gütige Unterstützung bittet

Wm. Fr. Hauer

Weißenfels

Marienstraße 5 Tel. 605

Konsum- u. Produktiv-Verein Zeitz (e. G. m. b. H.)

Zur Osterbäckerei

empfehlen wir:

Ia. Weizenmehl, Korinthen Rosinen, Sultaninen, Mandeln, süß und bitter, **Mandel-Ersatz (Mandelio), Mandelöl, Zitronenöl,**

Südfrüchte:

Ringäpfel — Feigen, Datteln — Aprikosen, Mischobst

378 **Der Vorstand.**

Bekanntmachung

Die Herren Arbeitgeber von Dürrenberg, Lützen und Umgegend werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab jeden Freitag, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, in **Kreuschberg,** Leipziger Straße (Konsumverein-Hofeingang), und jeden Sonnabend, vormittags von 9 bis 12 Uhr, in **Lützen,** Bismarckstraße 16, gelegentlich der Krankengeldauszahlung auch zugesandte Beitragsrechnungen bezahlt werden können. Daselbst werden zur festgesetzten Zeit auch Meldeformulare abgegeben und Auskünfte erteilt 383

Allgemeine Ortskrankenkasse Leuna (Kr. Merseburg)

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung, Arbeitsuchende: Autoführer, Bohrmeister, Bäcker, Fleischer, Friseure, Buchbinder, Maler, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Glaser, Tischler, Schriftsetzer, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Bereiter, Hauslehrer. **Abteilung f. Landwirtschaft, a) Arbeitsuchende:** Dampfpflugmaschinisten, Wächter, Geschirrführer, Tagelöhner, Schweizer, Schäfer (verh.), Schäfer (ledig), Gutszimmerleute. **b) Offene Stellen:** 250 Frauen u. Mädchen z. Feldarbeit, Gutsmaurer. **Weibliche Abteilung, a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstützen, Näherinnen, Ostermädchen, Plätterinnen, Scholarinnen. **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen (ältere, gediente), Küchen- und Hausmädchen für Güter, Stubenmädchen für Gut, Stallmädchen, Gutsmamsell, **Wirtschafterin, bessere.** 81

Alle Sorten nur bester

Schuhwaren

empfiehlt preiswert in

größter Auswahl

Zeitzer Schuhhaus

G. Burkhardt

Kramerstraße 5/6

Maßarbeit — Reparaturen

364

Was werde ich bieten?

Sicher nichts Alltägliches!

Meine Angebote waren stets besonderer Art; diesen Zug werde ich in den neuen Räumen vorherrschend in Erscheinung treten lassen

Beachten Sie bitte mein

Angebot!

Gleichzeitig gestatte ich mir bekannt zu geben, daß

ab 1. April 1924

der langjährige Einkäufer für

Damenkonfektion

der Fa. Brinkmann & Lederer

Herr Georg Bolten

als Teilhaber in mein Geschäft eingetreten ist

Eröffnungs-Anzeige!

★

Am Montag, dem 14. April 1924 übergab ich meine neuen hellen Geschäftsräume dem Verkehr

Wie bisher, getreu meinem Geschäftsprinzip, zu möglichst niedrigen Preisen die Bevölkerung mit nur guter, bester und elegantester Meterware zu versorgen, werde ich auch für die Folge bemüht sein, aus dem Rahmen der allgemeinen Leistungsfähigkeit heraus ganz Außergewöhnliches zu bieten

Ich wohnte bisher vier Treppen,
Ich hatte kein Schaufenster,
Ich durfte kein Firmenschild aushängen
Ich hatte Konkurrenz im Hause

und doch

habe ich mir beim Publikum einen Ruf und einen Kundenkreis erworben, der mir ermöglichte, ein Geschäft zu gründen, was in seiner Art als Etagen-Geschäft das größte in ganz Cassel ist

Ich lade hiermit alle Damen und Herren von Cassel und Umgebung zur Besichtigung meiner neuen Geschäftsräume ein und bemerke dabei, daß ich dem Artikel

Damen-Konfektion

ganz besonderes Augenmerk zugewendet habe. Vom einfachsten bis elegantesten Genre bringe ich größte Auswahl

Etagengeschäft

Max Koban

Cassel, Hohenzollernstraße 49, parterre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Zur Stadtverordnetenwahl

Wer ist wahlberechtigt und wer ist wählbar?

Voraussetzung für die Ausübung der Wahlberechtigung ist die Eintragung in die rechtsgültig festgestellte Bürgerliste oder die Erteilung eines Wahlscheines. In der Bürgerliste ist einzutragen, wer am Wahltage — d. i. am 4. Mai 1924 — wahlberechtigt ist.

I. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen,

a) die seit ununterbrochen 6 Monaten ihren Wohnsitz im Gemeindegebiete haben;
b) die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und
c) die weder entmündigt sind noch unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwachung gehalten werden, dagegen sind nicht behindert Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Die Ausübung der Wahlberechtigung ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Die durch feindliche Maßnahmen aus den besetzten Gebieten verdrängten wahlberechtigten Personen sind — unbeschadet ihrer Wahlberechtigung und Wählbarkeit, an ihrem Wohnsitz — auch da wahlberechtigt, wo sie sich am Wahltage, d. i am 4. Mai 1924 aufhalten.

II. Wählbar ist:

a) wer wahlberechtigt ist und
b) wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.

III. Wer sich als Wahlkandidat aufstellen läßt, hat

a) schriftlich zu erklären, daß er der Aufnahme seines Namens in den Wahlvorschlag zustimmt;
b) eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes beizubringen, daß er am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet hat, Reichsangehöriger ist, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnt und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindewahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Wahlprogramm der Völkischen

Mit Bemerkungen von Ulrich)

Wir sind gegen das Großkapital.

Stehen ihm aber wohlwollend gegenüber, da es uns unterstützt.)

*

Wir sind nicht gegen den Achtstundentag.

(Doch wir sind der Meinung, daß eine 10- bis 14stündige Arbeitszeit jetzt sehr angebracht wäre!)

*

Wir sind Gegner der Monarchie.

(Bei unserem Siege überlassen wir das Problem unserem Ludendorff.)

*

Wir sind gegen das Parlament,

(da ein Drei-Männer-Direktorium die Arbeiter viel besser knebeln kann.)

*

Wir sind für gerechte Verteilung der Wohnungen.

(Natürlich darf das Recht der Besitzenden nicht angetastet werden.)

*

Wir sind für freies Wahlrecht.

(Wenn wir dabei mit Totschlägern auftreten, tun wir dies nur aus Liebe zur Arbeiterschaft.)

*

Wir treten auch für das Wahlrecht der Frauen ein.

(Wenn wir die Macht haben, können wir es wie in Italien machen: nur den Frauen der Kapitalisten das Wahlrecht lassen.)

Vierteljahrsbericht der Zentralbibliothek Halle

Eine erfreuliche Steigerung der Benutzung konnte auch wieder im abgelaufenen Vierteljahr (Januar bis März 1924) beobachtet werden. Die getroffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Ausleihebetriebs wurden von den Lesern allseitig als notwendig anerkannt, die für den Einzelnen geringen Gebühren wurden von vielen Lesern oft aus eigenem Antrieb erhöht gezahlt. Diese Opferfreudigkeit versetzte die Verwaltung in die Lage, an die so notwendigen Ergänzungen und Reparaturen herangehen. Auch von der Musiker-Organisation wurden der Bibliothek pro Mitglied und Jahr 10 Pf., für 1924 also 25 Mk. gezahlt. Wünschenswert wäre es, wenn auch die übrigen Verbände in gleichem Sinne der Bibliothek Mittel zur Verfügung stellten. Ohne diese Mittel läßt sich eine Erweiterung des Betriebs nicht ermöglichen. Die wachsende Zahl der Leser erfordert aber in nächster Zeit unbedingt, daß an einen weiteren Ausleihebetrieb herangegangen werden muß.

Ausgeliehen wurden im Februar an neun Tagen von 1778 Besuchern 1752 Bücher, im Februar an acht Tagen von 1489 Besuchern 1444 Bücher, im März an acht Tagen von 1311 Besuchern 1249 Bücher; insgesamt also von 4578 Besuchern 4445 Bücher.

Die eingeschriebene Leserzahl erhöhte sich von 473 Ende Dezember auf 623 Ende März. Nur wenige Leser haben durch Wegzug die Benutzung aufgegeben. Im Durchschnitt hat also jeder Leser in diesem Vierteljahr acht- bis neunmal die Bibliothek besucht.

Auf die einzelnen Wissensgebiete verteilten sich die Entleihungen:

*Abteilung	A	B	C	D	E	F	G	H	J	Sa.
Januar	36	141	184	52	1122	144	22	35	16	1752
Februar	24	90	177	37	921	122	32	18	23	1444
März	20	81	135	22	827	106	12	28	18	1249
Sa.	80	312	496	111	2870	372	66	81	57	4445

Der Rückgang im Monat Februar und März ist als normal anzusprechen, in den Sommermonaten wird das Lesebedürfnis stets schwächer. Die hohe Zahl im Januar resultiert aus den zwei Ausgabetagen, welche zwischen Weihnachten und Neujahr ausgefallen waren und nun nachgeholt wurden. Es ist dies der beste Beweis, daß dieser Betrieb eine Störung nicht gut verträgt, denn die dadurch vermehrte Arbeit auf einzelne Stunden zusammenzudrängen, bedeutet Anordnung im ganzen Betrieb hervorrufen.

*) A: Parteiliteratur; B: Geschichte; C: Naturwissenschaft; D: Philosophie; E: Romane; F: Jugendschriften; G: Klassiker; H: Sammelwerke; J: Technik.

Arbeiter, fordert Rechenschaft

Als bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im Reichstage die Sozialdemokratie für das Gesetz stimmte, da war ihr wahrlich nicht ganz wohl. Sie mußte aber ihre Zustimmung geben, wenn nicht der Reichstag aufgelöst und sie nicht ohne „gute Parolen" in den Wahlkampf ziehen wollte. Und nun ist dieser Reichstag doch gestorben und hat den Sozialdemokraten nicht die gewünschte Parole gebracht, die sie erhofften. In den Wahlversammlungen kann jeder Arbeiter nun ihre ganze Verkommenheit, aber auch ihre ganze Kläglichkeit bewundern. Da ist eine Garnitur Redner, die mit zynischer Frechheit erklären, sie seien stolz auf ihre Haltung beim Ermächtigungsgesetz, weil dasselbe die Arbeiter vor noch Schlimmerem bewahrt hätte. Verschämt weisen diese Redner auf den Artikel 48 der Verfassung, die anderen wagen vor lauter Scham überhaupt nicht über das Ermächtigungsgesetz zu reden. Für die Kommunisten erwächst darum die Pflicht, in allen Wahlversammlungen gegen beide Gruppen aufzutreten. Die zuletzt geschilderte Gruppe beschwert sich bitter darüber, daß die KPD. in ihre Versammlungen kommt, um im Interesse ihrer Wähler Rechenschaft zu fordern über das unverzeihliche Verbrechen an der Arbeiterschaft. Aber ihr Klagegeheul wird ihnen wenig nützen. Wir schlagen unseren Gegner, wo wir ihn finden. Wir schlagen die reaktionären Parteien, wo für uns die Möglichkeit besteht, und wir entlarven die MSPD., die sich so gern als Arbeiterpartei bezeichnet, als Verräter an den Lebensinteressen des Proletariats und weisen ihr den Platz zu, der ihr gebührt. Und dieser Platz ist mitten unter den bürgerlichen Parteien. Gibt es in der Sozialdemokratie Leute, die sich der Politik ihrer Führer schämen, so sollen sie durch diese Entlarvung gezwungen werden, den Trennungsstrich zu ziehen zwischen sich und denen, deren Politik sie nicht vertreten wollen. Denjenigen aber, die sich mit Stolz ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz rühmen, reißen wir mit aller Brutalität die Maske vom Gesicht. Sie sind die Schuldigen, daß für die Unternehmer eine Angriffsmöglichkeit auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter geschaffen wurde. Dieser Angriff ist die Folge der durch das Ermächtigungsgesetz diktierten Verordnungen. Die Arbeiter dürfen die Ausrede, daß durch das Ermächtigungsgesetz die Stabilisierung der Rentenmark gesichert wurde, nicht gelten lassen. **Die Rentenmark ist nicht stabil geworden.** Allein stabilisiert ist das Elend der Arbeiter. An dieses Elend sollen die Arbeiter denken, wenn sie zu den Wahlversammlungen der MSPD. gehen. Sie sollen dort von diesen Arbeiterverrätern Rechenschaft fordern. Am Wahltage aber sollen sie ihnen die Quittung ausstellen für ihre arbeiterfeindliche Politik. Da heißt es für jeden zur Erkenntnis gekommenen Arbeiter:

Keine Stimme diesen Arbeiterverrätern, jeder denkende Arbeiter gibt seine Stimme nur den Kommunisten.

Der hallische Buchdruckerstreik vor einer Niederlage?

Die reformistischen Buchdrucker für Anerkennung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches

Wenn wir in unserer Freitagausgabe von dem einmütigen Willen der streikenden Buchdrucker berichteten, daß sie in verschärfter Form den Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen bereit sind, so ist dieser Kampfwille durch den Machtspruch des Reichsarbeitsministers stark ins Wanken gekommen. In erster Linie bei den Leitern des Verbandsvorstandes ihr Heil erblicken. Diese Buchdrucker sind nicht in der Lage, die wirtschaftliche Auswirkung dieses Schandschiedsspruches für sich selbst und für die Zukunft zu übersehen und empfinden noch viel weniger die Ironie, die sich in dieser Verbindlichkeitserklärung befindet. Es heißt da:

„In dieser Verhandlung haben sich die Arbeitgeber bereiterklärt, für die Zeit vom 3. bis 31. Mai d. J. einen Spitzenwochenlohn von 31,50 Mk. zu zahlen, **und zwar in den Fällen,** in denen 48 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Da eine friedliche Beilegung des Streikes im öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist, **mußte die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden.**"

Mit anderen Worten: Da es keinen Betrieb (außer den Arbeiterbetrieben mehr gibt, wo noch der Achtstundentag vorhanden ist, kommt die großspurig bewilligte Bezahlung überhaupt nicht in Frage. Die Buchdrucker sollen also weiter hungern, da es das „öffentliche Interesse" erfordert. Der Verbandsvorstand ist fein raus. Er stellt unter „aufrichtigem Bedauern" der Gehilfenschaft gegenüber fest, daß er diesen Schiedsspruch als kurzsichtig bezeichnet, und daß er völlig machtlos sei, irgend etwas dagegen unternehmen zu können. Er steht sich vielmehr gezwungen, die Gehilfenschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern.

In dasselbe Vorstandshorn bliesen in der gestrigen allgemeinen Buchdruckerversammlung auch die Herren **König, Wielepp und Konsorten.** Dieselben **Reformisten,** die am Anfang der Bewegung mit dem **„Krieg oder Frieden im Gewerbe"** spielten und in Worten den starken Mann markierten.

Ihr Theater aber wurde diesmal gleich erkannt, so daß ihre „Helden"rolle in die Rolle einer komischen Alten umschlug. Beide erklärten, daß dem Vorstand durch die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers nunmehr die Hände gebunden seien. Würden sie anders handeln, d. h. im Interesse der Gehilfenschaft, so würden sie sich selbst in den Maschen der von der Sozialdemokratie mitgeschaffenen Gesetze verfangen. Also, Ihr Buchdrucker, was wollt Ihr noch mehr? Der Vorstand möchte wohl, aber es geht nicht, das „Gesetz" befiehlt, weiter zu hungern!

Diese Gewerkschafter werden die nächste Verbindlichkeitserklärung genau so schlucken und zur Annahme empfehlen, auch wenn sie einen Lohnabbau und eine weitere Arbeitszeitverlängerung bringt, denn die Verbindlichkeitserklärungen eines Reichsarbeitsministers, wie das heilige „Gesetz", hindern sie am „handeln". Das bedeutet für die Gewerkschaft als Kampforganisation in Zukunft die glatte Unmöglichkeit eines Streikes, und mögen die Verhältnisse für die Arbeiterschaft noch so erdrückend sein. Diesen Gewerkschaftern ist anscheinend nicht bekannt, daß die Regierung selbst seit Jahren ihre Gesetze mit Füßen trat, wenn es galt, neues Kapital aus den Knochen der Arbeiter zu schinden. Und so wird jene Gesellschaft weiter fortfahren können, Sieg um Sieg an ihre Fahne zu heften, dank der reformistischen Einstellung der Gewerkschaftsführer und ihrem noch willigen Gefolge.

Heißt es nicht den Mond anbellen, wenn Kollegen in der gestrigen Versammlung ihre Meinung dahingehend zum Ausdruck brachten, daß der Schiedsspruch angenommen werden muß, um später zur gegebenen Zeit dem Unternehmertum geschlossen entgegentreten zu können? Eine günstigere Zeit als es die augenblickliche ist, kommt so leicht nicht wieder. Und diese günstige Zeit lassen sich die Buchdrucker, die „Pioniere der Arbeiterschaft", entgehen.

Nach dem Bericht der Streikleitung sollte der Streik in verschärfter Form weitergeführt werden. Es sollten die Betriebe wieder stillgelegt werden, die die Forderung der Gehilfen bereits bewilligt hatten. Noch der jämmerlichen Debatte kam jedoch nur ein Beschluß zur Abstimmung, wonach der Schiedsspruch und die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt werden soll. **Für die Fortführung des Streikes waren 207, für die Annahme des Schiedsspruches 152 Stimmen.** Wir bemerken zu dieser Abstimmung, daß infolge des Durcheinanders ein genaues Auszählen nicht stattgefunden hat.

Diese Abstimmung kennzeichnet die traurige Haltung der hallischen Buchdrucker. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Betriebsräte bei den Firmen, die die Forderung bewilligt hatten, bei der weiteren Versetzung derselben nicht die Unterstützung ihrer Kollegen erhalten werden.

Und so wird aller Wahrscheinlichkeit nach der hallische Buchdruckerstreik mit einer Niederlage der Gehilfen und einem Triumphgeheul der Prinzipale enden. Es wird sich ja zeigen, ob in den übrigen Provinzstädten die Buchdrucker in dasselbe Horn blasen, wie die „revolutionären" Hallenser. Noch haben wir die Hoffnung, daß in anderen Städten der Geist vorhanden ist, der dem proletarischen Empfinden entspricht und gewillt ist, den Unternehmern einen Tanz aufzuspielen, trotz aller „Gesetze" und Verbandsvorstandserklärungen.

Die gestrige allgemeine Buchdruckerversammlung, die sehr stark besucht war, zwingt uns, noch einige Begebenheiten festzuhalten. So die Selbstcharakterisierung des Herrn Buchdruckers Alfred Wielepp, ehemaliger Arbeitersekretär, augenblicklicher Provinzredakteur am hallischen MSPD.-Blättchen und Vorsitzender des hallischen Buchdruckervereins. Man kann an ihm nur noch seinen Mut bewundern. Wielepp erklärte, daß er es seinen Kollegen überlassen müsse, zu bestimmen, ob weiter gestreikt werden soll oder nicht, dann sagte er, daß er persönlich für die Fortführung des Streikes sei, um im gleichen Atemzuge auf die schrecklichen „Gefahren" hinzuweisen, die eine Weiterführung des Kampfes mit sich bringe. In erster Linie sei kein Geld in der Kasse, so daß es dann nur noch ein Willensstreik sei und auf die Kappe der Streikenden gehe. Wielepp stimmte zu, daß geheim abgestimmt werden soll und bedauerte lebhaft, daß dieser Antrag abgelehnt worden sei. Nachdem das Abstimmungsresultat bekannt wurde, unterrichtete er den Vorsitzenden, daß eine Zwei-Drittel-Mehrheit nicht vorhanden und nach seiner Meinung dadurch der Schiedsspruch anerkannt sei.

Und das ist der Vorsitzende, der geistige Leiter der hallischen Buchdrucker. Wahrlich, einen besseren Platz, als wie den im MSPD.-Blättchen, konnte er nicht finden, dort kann er seine **Doppelzunge** in den Spalten schnattern lassen, da kräht kein Hahn danach.

Auf dieses heuchlerische Gebahren hin haben ihm die hallischen **Hilfsarbeiter,** meist Frauen und Mädchen, die richtige Antwort gegeben. Sie erklärten, daß **sie diesen Schandschiedsspruch ablehnen. Die sofortige Abstimmung nur der Hilfsarbeiter ergab den einstimmigen Beschluß, im Kampfe weiter zu verharren.** Wielepp und Konsorten sollten sich an diesen Frauen und Mädchen ein Beispiel nehmen.

An dieser Stelle verurteilen wir auch die aufgetauchten Meinungen, daß die Hilfsarbeiter nicht mehr mit den Buchdruckern zusammen abstimmen dürfen. Die Hilfsarbeiter sind vom Ortsvorstand gerufen worden, sie kämpfen mit den Buchdruckern gemeinsam, nur mit dem Unterschied, daß in ihren Reihen mehr Kampfgeist vorhanden ist als bei den „Pionieren".

Mag der Streik ein Ende nehmen wie er will, er hat bis heute jedenfalls vielen Kollegen die Augen geöffnet. Sie werden erkennen, daß in ihrer Organisationsleitung Kollegen sind, denen die Interessen der Unternehmer höher stehen als die Interessen der Gehilfenschaft.

*

Einen Fußtritt haben heute morgen die Gehilfen der Waisenhausdruckerei erhalten. Nach der gestrigen Versammlung tagte nochmals das Personal und faßte entgegen dem Beschluß, weiterzustreiken, einen solchen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Herr Chef hat ihnen nun recht fühlbar die „Prinzipalsantwort" erteilt: Ehe nicht alle Streikenden wieder in ihre Betriebe gehen, wird auch er die Buchdrucker nicht wieder einstellen. Das ist Solidarität unter Prinzipalen! Jene Herren können so auftreten, weil sie die Buchdrucker kennen.

*

Wie wir soeben erfahren, haben die Firmen, die bisher die Gehilfenforderung bewilligt, diese bis zu einer endgültigen Regelung weiter **anerkannt.**

*

Zur besonderen Beachtung empfehlen wir die morgen, Dienstag, abend 6 Uhr im großen Saal des „Volkspark" stattfindende Allgemeine Buchdrucker-Streikversammlung. Infolge anderweitiger Veranstaltung im Versammlungsraum muß die Versammlung pünktlich beginnen.

Oberbezirks-Versammlungen der Ortsgruppe Halle

Am Dienstag, dem 15. April, abends 7½ Uhr, finden in allen Oberbezirken der Ortsgruppe Halle Versammlungen statt.

Zentrum: umfassend die Distrikte: 1, 2, 3, 4, 14 und 15 in der „Goldenen Kette".

West: 5, 6, 7, 7a und 21 in der „Produktiv-Genossenschaft".

Nord: 16, 17, 18, 19 und 20 im „Volkspark".

Süd: 8, 9, 9a und 10 „Poest's Hof".

Ost: 11, 12, 13, 13a und 22 im „Schwerdtfeger", Friesenstraße.

Zum Raubmord in der Mauerstraße!

300 Mark Belohnung!

Zu dem in der Nacht zum 9. April ausgeführten Morde an dem Geschäftsführer Mayer wird noch folgendes nachgetragen:

Die Leichenöffnung hat ergeben, daß außer den Stichverletzungen auch Hammerschläge am Schädel sichtbar sind. Im ganzen weist der Kopf 14 Verletzungen auf.

Auf Grund dieser Feststellung wird angenommen, daß zwei Täter in Frage kommen.

Zur Tat ist anscheinend ein dem Mayer gehöriges sogenanntes Rickmesser mit flacher, blanker Metallschale, im geöffneten Zustande etwa 25 Zentimeter lang, benutzt worden. Dieses ist seitdem verschwunden, ebenso ist der zur Tat benutzte Hammer nicht aufgefunden. Ferner haben die Täter, um sich den Austritt aus dem Hause zu verschaffen, ein Schlüsselbund mit sechs bis sieben verschiedenen Schlüsseln mitgenommen. Es muß angenommen werden, daß die Täter sich dieser Sachen alsbald durch Fortwerfen entledigt haben. Sollten die Schlüssel und das Messer inzwischen gefunden sein, so wird der Finder gebeten, sich alsbald mit den genannten Gegenständen bei der Kriminalpolizei, Zimmer 38, einzufinden.

Inzwischen ist auch festgestellt, daß die Täter eine größere Anzahl besserer Zigaretten, wahrscheinlich Marke „Odeon" und „Torrero", in Schachteln zu je 25 Stück verpackt, mitgenommen haben.

Beamte im Staats- und Gemeindedienst, Lehrer und Privatangestellte!

Wählerversammlung

Dienstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark"

Thema:

Die Kommunistische Partei und das Berufsbeamtentum

Beamte und Angestellte, erscheint alle ohne Ausnahme, hört, was die Kommunisten zu den brennendsten Beamtenfragen zu sagen haben.

KPD., Ortsgruppe Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0005

Der von einem der Täter am Tatort zurückgelassene schwarze Winterpaletot ist noch nicht rekognosziert, er hängt noch im Schaufenster Mauerstraße 1 zur Ansicht aus. Die Feststellung der Herkunft desselben ist aber von größter Wichtigkeit. Behördlicherseits sind für die Ermittlung der Täter 300 Mark Belohnung ausgesetzt, deren Verteilung sich die Behörde vorbehält.

Wie schon vordem bekanntgegeben, müssen sich die Täter bei der Tat sehr stark mit Blut besudelt haben. Das muß doch irgendjemandem aufgefallen sein.

Unter Hinweis auf die Belohnung und die außerordentliche Schwere der Tat ergeht die Bitte, jede auch noch so geringe Wahrnehmung der Kriminalpolizei, Zimmer 38, mitzuteilen. Wenn irgend angängig, wird Verschwiegenheit zugesichert.

• **Neuwahl der Eltern-Beiräte.** Die im Jahre 1922 gewählten Elternbeiräte an Schulen sind nach den vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassenen Satzungen nur auf zwei Jahre gewählt. Es muß daher eine Neuwahl stattfinden. Die Regierung in Merseburg hat als Wahltermin für die Neuwahl der Elternbeiräte der ihr unterstellten Schulen Sonntag, den 25. Mai, einheitlich festgesetzt. Die bisherigen Elternbeiräte führen die Geschäfte bis zur Einberufung der neugewählten Elternbeiräte weiter.

• **Eine große öffentliche Konsumenten-Versammlung**, einberufen von der Verwaltung des Allgemeinen Konsum-Vereins Halle und Umgegend, findet am Mittwoch, dem 16. April, abends 7½ Uhr, im großen Saale des „Volkspark" statt. Der Genosse Ertinger aus Jena spricht über die Umwandlung der Konsum-Genossenschaften zu Klassenkampforganisationen.

• **Erwerbslosenkrattion.** Dienstag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine äußerst wichtige Sitzung statt. Es ist Pflicht aller Fraktionsmitglieder, in dieser Sitzung zu erscheinen.

• **Jugendliche Holzarbeiter.** Mittwochabend, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung. Erscheinen aller jugendlichen Kollegen ist notwendig.

• **Im deutschnationalen Lager.** Der unter dieser Ueberschrift gebrachte Bericht in der Sonnabendnummer des „Klassenkampf" ist dahingehend zu berichtigen, daß Graf von Helldorf nicht Oberst Dusterberg einen Feigling nannte, sondern Herrn von Kahr aus München.

Theater und Konzerte

Hilde Schewior tanzt

Es gibt noch keine proletarische Kunst in Westeuropa. Und revolutionäre Kunst als Protest gegen die herrschende Klasse. Denn auch die Revolution ist Protest gegen die herrschende Klasse und nicht positiv im Sinne des Aufbaus. Man verwechsle nicht die Kunst der Masse — sei es kleinbürgerlich sentimentale, sei es wandervogelmäßig fortschrittliche — mit Gemeinschaftskunst. Das wäre wie eine Verwechslung vom Konsumverein mit Kommune. Und man erwarte nicht einmal, daß die revolutionäre Klasse die Trägerin der revolutionären Kunst sei. Sie hat viel Direkteres zu tun. Meist sind es Einzelmenschen, die das revolutionäre Wollen der Klasse in der Kunst zum Ausdruck bringen, die manchmal rein äußerlich von Niveau des Proletarischen entfernt scheinen, oder die darüber hinaus noch andre Formen des Erlebens kennen als das Proletariat sie hat: die Gesellschaftsordnung schafft die Menschen, sie formt selbst ihre Proteste. Revolutionäre Kunst in dieser Zeit?: „Durch das Medium des Individuums kommen wir zur Gemeinschaft."

Solch ein Medium ist die Tänzerin Hilde Schewior. Tänzerin? Danach fragt man bei ihr kaum. „Das Bewußtsein" könnte man sie nennen. Da sie die Arme zum Himmel reißt, da sie die Fahne schwingt, da sie den Rücken rundet und den Nacken beugt, ist Revolution, wuchtet Demonstration, geht jeder einzelne Demonstrant, der daran denkt, denken muß, daß er am Wochenende einen Tagelohn verliert, weil er demonstriert hat. Hilde Schewior ist ein Dieb. Der Flicken auf ihrer Hose ist der Flicken Angst auf ihrer Seele, gefaßt zu werden. Sie ergreift das zu Stehlende nicht, sie greift, sie taubt, und sie genießt ihre Tat. Dann spürt sie die Gefahr und kennt, kennt wie wir alle im Traum es tun mit der Verzweiflung und dem Wissen des Ausgeleiertseins.

Aber gibt es eine bessere Verhöhnung der Courts-Mahler-Literatur als ihren Tanz „Kokette". Lacht sie nicht im „Ländler" die Dorfunschuld aus, und läßt sie uns dabei nicht an die mit Sachwerten gefüllten Kisten und Kasten der eigentumsliebenden flachsenen Bauern denken?

Für sie ist die Musik nicht Erfordernis. Sie würde die Revolutionsparolen singen, und die Proletarier würden — in besseren Rhythmus als dem der ungedichteten, Militärmärsche — ihr folgen. Folgt ihr, Proletarier!

Ammendorf. Die Kommunistische Jugend von Ammendorf beteiligt sich Ostern geschlossen an dem Jugendtag in Nordhausen. An dem Jugendtag dürfen auch unorganisierte jugendliche und erwerbslose Arbeiter teilnehmen. Meldungen nimmt bis Dienstag abend 7½ Uhr der Genosse W. Schmidt im Heim „Zur Volk" und Oberdorfer Straße 28, ferner der Genosse Paul Dittner, Magenburger Straße 91, entgegen. Die Abfahrtszeit wird noch bekanntgegeben. — Dienstag abend 7½ Uhr im Heim Diskussionsabend. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Wettin. Vergebliches Bemühen der Deutschnationalen. Am Freitag, dem 11. April, hatten die Deutschnationalen der Umgebung eine öffentliche Wählerversammlung einberufen und sich dazu den gewesenen Reichstagsabgeordneten Hemeter als Referenten hergeholt. Der Saal war dicht besetzt; besonders gut vertreten waren die Landarbeiter, die wohl von ihrem Erzbetrug dorthin kommandiert waren. Auch Stahlhelmer waren vertreten. Der Referent bemühte sich, den Anwesenden die Vorzüge und Nützlichkeit der Deutschnationalen Volkspartei begreiflich zu machen. Nach reichlich zweistündigem Referat wurde dann verkündet, daß nunmehr die freie Aussprache beginne und die Redezeit in der Diskussion fünf Minuten betrage. Unser Genosse Plötner wies zunächst darauf hin, daß es unfair sei, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die angeblich zur Aufklärung der Wählermasse dienen soll und dann den Diskussionsrednern ein Eingehen auf die vorgebrachten Dinge durch eine derartig kurz bemessene Redezeit unmöglich zu machen. Dies hatte zur Folge, daß man ihn ungehindert sprechen ließ, und er nahm dann auch die Gelegenheit gründlich wahr, um in fünfviertelstündigen Ausführungen ein Korreferat zu den Ausführungen des deutschnationalen Versammlungsredners zu halten. Er rechnete besonders mit der Politik der Deutschnationalen und ihrer Bauernfängertaktik ab, indem er scharf den Standpunkt der Kommunistischen Partei präzisierte und die anwesenden Arbeiter aufforderte, den bürgerlichen Parteien bei der Wahl die gebührende Antwort zu erteilen, indem sie kommunistisch stimmen. Daß diese Ausführungen der Mehrzahl der Besucher aus dem Herzen gesprochen haben, bewies der starke Beifall. So ist auch hier zu verzeichnen, daß eine vom Gegner einberufene Wählerversammlung zu einem Erfolg der KPD. geworden ist, der hoffentlich bei der Wahl seine Früchte trägt!

Lest den „Parteiarbeiter!"

Die Funktionärzeitschrift der Partei muß in jeder Zelle und jeder Fraktion, in jeder Körperschaft und Organisationsleitung gelesen werden.

Der „Parteiarbeiter" erscheint jetzt wieder regelmäßig am 10. und 25. jeden Monats.

Obstruktion im Provinziallandtag

Der Versuch der Bürgerlichen, die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Landeshauptmanns durchzudrücken, stößt auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Linken. Auch am Sonnabend ist die Absicht der Rechten noch nicht gelungen. Als in die weitere Verhandlung dieser Angelegenheit eingetreten werden sollte (es waren vom Vortage noch eine Reihe von Rednern vorgesehen), kam von bürgerlicher Seite ein Schlußantrag; Claudius beantragte zur Abstimmung zu schreiten. Die Abstimmung war zweifelhaft, weshalb Hammelsprung notwendig wurde. Mit einer Stimme Mehrheit wurde sodann der Schlußantrag angenommen. Wenn die Bürgerlichen nun aber geglaubt hatten, am Ziel ihrer Wünsche zu sein, hatten sie sich aber doch sehr geirrt; sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Unser Genosse Wallstab, dem durch die Begründung des Antrags auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Landeshauptmanns indirekt Wahlmogelei vorgeworfen war, meldete sich zu einer persönlichen Bemerkung, in der er das Gebaren der Bürgerlichen und das parlamentarische System treffend glossierte. Er brandmarkte scharf ironisch das ganze heuchlerische Getue der Rechten, die auf Demokratie pfeift, wenn es gilt, den Machtstandpunkt durchzudrücken. Während seiner Ausführungen, die wiederum zahlreiche Zwischenrufe verursachten und die dem Vorsitzenden Zehle anscheinend zu lange dauerten, wurde letzterer recht nervös; er fand aber keine Handhabe, gegen den Redner einzuschreiten. Die Zwischenrufe der Bürgerlichen und die unverkennbare Absicht des stellvertretenden Vorsitzenden, dem Genossen Wallstab das Wort abzuschneiden, löste natürlich auf der linken Seite eine lebhafte Unruhe aus, die sich derart steigerte, daß der Vorsitzende kurzerhand die Sitzung auf „eine Viertelstunde" schloß. Aus dieser Viertelstunde wurde jedoch eine ganze Stunde und noch mehr, da in der Zwischenzeit interfraktionelle Versuche angestellt wurden, aus der Sackgasse, in die man hineingeraten war, wieder herauszukommen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt der stellvertretende Vorsitzende, der Landtagsvorstand habe festgestellt, daß gegen den Genossen Wallstab keinerlei Vorwurf einer Inkorrektheit bei der Wahl erhoben werden könne. Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch. Das ist ein sehr beachtenswertes Moment in der ganzen Angelegenheit, denn nun bleibt keine andere Annahme übrig, als daß bei der Wahl des Landeshauptmanns doch drei Bürgerliche weiße Stimmzettel abgegeben haben. Damit ist die ganze Mache der Bürgerlichen als elende Heuchelei zusammengebrochen. Damit entfällt auch jeder wesentliche Grund zu einem Wahleinspruch. Das wird den Herrschaften in der heutigen Sitzung deutlich gesagt werden. Auf Grund der interfraktionellen Besprechungen ist am Sonnabend am Schluß der Sitzung beschlossen worden, die abgewürgte Debatte am Montag wieder aufzunehmen. Den Hereinfall hätten sich die Bürgerlichen sparen können. Die Linke hat schon am Beginn der Obstruktion die Bürgerlichen gezwungen, ihren Machtstandpunkt aufzugeben und die Redefreiheit wieder herzustellen. Der ganze Theaterdonner am Sonnabend war umsonst gewesen. Auch in der heutigen Montagsverhandlung wird die Linke zeigen, daß sie sich von den Bürgerlichen nicht so ohne weiteres vergewaltigen läßt. Bemerkenswert war noch, daß der Abg. Keil (Demokrat und Stadtverordnetenvorsteher in Halle) zu der neuerlichen Debatte eine Redezeit von zehn Minuten eingeführt wissen wollte. Stürmische Zurufe der Linken zeigten, daß dagegen der schärfste Widerstand erhoben würde. Der Kampf um den Landeshauptmann geht also heute nachmittag 5 Uhr weiter.

•

Zum Etat sprachen in den Verhandlungen der letzten Tage zwei unserer Genossen, Wallstab und Baier. Wir bringen aus den Reden folgenden Auszug:

Genosse Wallstab spricht zunächst zur Steuerfrage. Die Steuern wurden hauptsächlich von der Arbeitern, Angestellten und Beamten gezahlt, anstatt den Besitz, überhaupt die kapitalkräftigen Leute mehr heranzuziehen. Das könne auf die Dauer nicht so weitergehen. Um die Arbeiterklasse niederzuhalten und noch mehr als bisher ausbeuten zu können, sei das Ermächtigungsgesetz herausgekommen, das von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten angenommen worden sei. Nur die Kommunistische Partei habe dies Gesetz abgelehnt, weil sie wußte, welche Gefahren der Arbeiterschaft damit drohten. Das Gesetz war eine Blankovollmacht für den großkapitalistischen Faszismus in Deutschland. Halten die sozialdemokratischen Führer etwa geglaubt, daß unter dem Ermächtigungsgesetz etwa die kapitalistische Klasse, daß der Besitz besteht würde? Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich einer solchen Illusion nicht hingegeben. Unter der Offensive des großkapitalistischen Faszismus hatte auch die Kommunistische Partei sehr zu leiden. Man verbot sie, um die diktatorischen Bestimmungen um so besser durchführen zu können. Die KPD. ist aber aus dem Verbot verstärkt und gefestigt hervorgegangen. Eine Auswirkung des Ermächtigungsgesetzes ist auch das riesige Arbeitslosenheer. Zu der Wirtschaftskrise gesellt sich die Finanzkrise. Der Redner verbreitet sich eingehend über beide Probleme, wobei er auch auf die Lohnpolitik zu sprechen kommt. Während die Preise zum Teil noch beträchtlich über dem Friedensniveau stehen, sind die Löhne und Gehälter bedeutend gekürzt worden. Der Umsatz leidet unter der geringen Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung, was wiederum eine Krise für den Kapitalismus bedeutet. An einem Beispiel aus dem Staßfurter Kaligebiet zeigt der Redner, wie die mangelnde Kaufkraft der Arbeiterschaft auch verhängnisvoll ist für den Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufmann. Es wurde viel Mißbrauch getrieben mit dem Schlagwort: Nur Arbeit kann uns retten! Dabei sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Massen entlassen worden. Sie sind ganz systematisch verhindert worden, zu arbeiten. Zum Ruhrschachergeschäft bemerkte der Redner unter Unruhe der Rechten, daß die Leute, die sonst immer auf die Juden schimpfen, einträchtig mit diesen dort zusammensitzen, um über die Erhöhung ihrer Profitrate zu beraten. (Zurufe: Aufhören!) Wenn ich aufhöre, bestimme ich! Sie können ja hinausgehen oder wie im Berliner Rathaus Schupo holen! Genosse Wallstab spricht dann eingehend zum Achtstundentag, über Betriebseinstellungen, Entlassungen, Aussperrungen usw. Für die Arbeitslosen hat man die Pflichtarbeit durchgeführt und gleichzeitig die Unterstützung abgebaut. Statt der Erwerbslosenunterstützung, die zum Verhungern ist, muß Arbeit für die Arbeitslosen beschafft werden. Jetzt will man sogar ein Arbeitsdienstjahr einführen. Dagegen werden wir den schärfsten Kampf führen. Nach weiteren Auseinandersetzungen mit der Rechten, wobei es manchmal auch zu Heiterkeitsausbrüchen kommt, erörtert der Redner sodann den Beamtenabbau in der Provinz und im allgemeinen und die Wahl eines Landeshauptmanns. Die Beamtenstage ist eine so einschneidende auch für unsere Provinz, daß wir unbedingt dagegen Protest erheben müssen, da versucht wird, 348 Beamte, Angestellte und Arbeiter zu entlassen. Das letzte Jahr hat auch gezeigt, daß entweder der Landeshauptmann überflüssig ist oder sein Stellvertreter. Nachdem dann der Redner die allgemeinen kommunalpolitischen Forderungen der Kommunisten erörtert hatte, kommt er auf den Faszismus zu sprechen, und zwar auf einen Zwischenruf des Abg. Seile, von dem vor kurzem die Tagespreise behauptet hatte, daß er mit anderen Gesinnungsfreunden einen Umsturzplan zur Durchführung einer nationalen Diktatur entworfen hatte. Redner verliest den Entwurf und meint, daß manche sogen. Leute an Größenwahn leiden. Diese Schusterpolitik kennzeichnet den Geist, der im Stahlhelm usw. vorherrscht. Zum Schluß forderte Genosse Wallstab die restlose Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung der proletarischen Gefangenen. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) — Die Rede des Genossen Wallstab war reichlich mit Zwischenrufen und Zurufen gespickt; er parierte die Zwischenrufe aber in glänzender Weise. Das Haus, das sich anfangs ziemlich geleert hatte (wenn ein Kommunist spricht, flüchten die Bürgerlichen stets), füllte sich im Laufe der Rede immer mehr, das letzten Endes dem Redner gespannt folgte. Für den Ausdruck „Größenwahnsinn" erhielt Genosse Wallstab einen Ordnungsruf.

Genosse Baier rechnete zunächst mit den Agrariern ab, die glauben, mit dem Grund und Boden auch gleichzeitig über den Menschen Herr zu sein. Dann spricht er zur Besoldungsordnung und über den Abbau der Provinzialverwaltung. Abgebaut ist ausschließlich nur bei den unteren Beamten; die höheren Beamten sind alle noch da und beziehen auch ein auskömmliches Gehalt. Für die Angestellten der Anstalten hat sich ein unerträglicher Zustand herausgebildet. Die Verpflegung dieser Leute ist so, daß viele es vorziehen, trotz des geringen Verdienstes andere Verpflegung in Anspruch zu nehmen. Es heißt so oft: Für gerechte Arbeit gerechter Lohn. Das ist Betrug! Es gibt keinen gerechten Lohn für gerechte Arbeit. Wer nicht oder nur kurz arbeitet, erhält viel, wer viel arbeitet, erhält wenig Lohn. Die Beamten und Angestellten der unteren Gruppen müssen die Arbeit machen und die oberen Beamten bekommen das Geld. Das gilt auch für den Landeshauptmann, der nur einige Stunden arbeitet und dafür nach Gruppe 13 bezahlt wird. Ob Landsberg oder Hübener gewählt wird, ist gleich. Landsberg wird natürlich auch nur drei Stunden arbeiten wie sein Vorgänger. (Stürmische Heiterkeit; Glocke des Vorsitzenden, der den Redner aufmerksam macht, daß er von dem Landeshauptmann nicht sagen dürfe, dieser arbeite nur drei Stunden.) Das liegt im System, da gibt es kein drumherumreden. Wir müssen für ein neues System kämpfen, und dazu bedarf es des Zusammenschlusses der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Redner beschäftigt sich dann u. a. noch mit der Sozialdemokratie, die durch ihre Politik die arbeitende Klasse mit in die heutige elende Lage gebracht habe. Weiter kritisiert er den Etat, der manches vermissen läßt. In den Anstalten herrschen zum Teil erschreckende Zustände im Dienst, in der Unterbringung, in der Verpflegung usw. Die Kranken müssen Arbeiten wie Zuchthäusler verrichten. Diese Zustände müssen abgestellt werden. Die achtstündige Arbeitszeit dürfe nicht verlängert werden. Der Redner wendet auch mit dem Merseburger „Correspondent" ab, der dem Genossen Baier einige Zeilen in seinen Spalten gewidmet hatte. Zum Schluß plädiert der Redner für Streichung der unteren Gruppen der Besoldungsordnung, da diese völlig unzulänglich sind. Auch dem Genossen Baier wurde für seine Ausführungen Beifall gezollt.

Aus der Provinz

Konsumvereine als Proviantämter

Der Konsumverein Ludwigshafen hat beschlossen, an seine arbeitslosen und ausgesperrten Mitglieder ein Brot unentgeltlich zu verteilen.

Die Belegschaft des Allgemeinen Konsumvereins Halle opferte 200 Mark für die kämpfenden Chemiearbeiter in Ludwigshafen.

Der Bezirkskonsumverein Weißenfels-Naumburg beschloß in seiner Generalversammlung am 9. April, 300 Brote durch den Konsumverein Ludwigshafen den kämpfenden Chemiearbeitern zur Verfügung zu stellen. Außerdem fordert die Generalversammlung in ihrer Resolution den Revisionsverband Thüringer Konsumvereine und den Zentralverband deutscher Konsumvereine auf, sofort eine Kampagne für die Unterstützung der Kämpfenden durch die Konsumvereine aufzunehmen und Sammlungen für die im Streik befindlichen Arbeiter einzuleiten. In der angenommenen Resolution heißt es, da die Lage der Konsumgenossenschaftsbewegung auf das engste mit der Lage der Gesamtarbeiterbewegung verbunden sei, müssen die Konsumvereine den Kämpfenden die Hilfeleistung zur Seite stehen.

In allen übrigen Konsumvereinen müssen die oppositionellen Mitglieder sofort Anträge zur weiteren Unterstützung der im Kampf befindlichen Arbeiterschaft stellen.

JAH.-Unterbezirk Eisleben

In der letzten Bezirkskonferenz der JAH., Bezirk Mitteldeutschland, wurde unter anderem auch die Einteilung der im Bezirk bestehenden Komitees in Unterbezirke beschlossen. Der Unterbezirk Eisleben als solcher erstreckt sich demnach über folgende Kreise: den Mansfelder See- und Gebirgskreis, Kreis Sangerhausen und Kreis Querfurt. Es ist unbedingt notwendig, daß wir die Freunde der JAH. näher zusammenfassen und über diese und jene Angelegenheit sprechen. Der Unterbezirksausschuß ersucht deshalb alle in den angeführten Kreisen bestehenden Ortskomitees, baldigst ihre Adresse an den Unterbezirksausschuß (Adresse: Th. Merzinki, Eisleben, Hahnengasse 9a) einzusenden. Die Filme der JAH. laufen für den Unterbezirk in den Orten, wie folgt: am 25. April in Eisleben, 26. April in Teutschenthal, 1. Mai in Querfurt, 2. Mai in Mansfeld, 3. Mai in Volkstedt und am 4. Mai in Hettstedt. Sollten einzelne Orte, wo noch keine Komitees bestehen, Interesse an den Filmen der JAH. haben, so können auch diese für die Zeit vom 8. Mai an die Filme an einigen Tagen bekommen. Wir ersuchen aber um baldige Anfragen in dieser Angelegenheit.

Genossen! Auf ans Werk, damit wir die Freunde der JAH. baldigst zusammenrufen können.

180 Millionen für den Wohnungsbau in Preußen

Nachdem durch die preußischen Ausführungsbestimmungen zur dritten Steuernotverordnung die Hälfte der Hauszinssteuer für Neubauten verwendet werden soll, belaufen sich, wie die „Sozialpolitik" meldet, die für Preußen jährlich zur Verfügung stehenden Mittel für Neubauten auf 180 Millionen Mark. Ursprünglich hatte man nur mit 50 Millionen Mark höchstens im Jahre gerechnet. Aus 180 Millionen Mk. können bei Hypotheken von 3000 Mk. für jede Wohnung insgesamt 60 000 Wohnungen in Preußen mit öffentlicher Unterstützung gebaut werden.

Die Lockerung der Zwangswirtschaft für Industriehäuser, Werkstätten, Läden sowie für große Wohnungen von zehn Zimmern aufwärts wird nach dem genannten Fachblatte nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Des Vaterlandes Dank ist Euch gewiß! Das Reichsarbeitsministerium hat sich gnädigst herabgelassen, den Kriegsopfern einen Zuschuß zu der kolossalen Mietpreiserhöhung zu geben, indem es sämtliche Renten der Kriegsopfer um 20 Prozent ab 1. April erhöht hat. Die fürstliche Rentenerhöhung reicht bei weitem nicht aus, die geplanten Mietpreiserhöhungen weit zu machen, denn die Mieten werden durchschnittlich um 9 Mark für den Monat April gegenüber März erhöht, während die Renten um 0,66 Mk. bis 8,25 Mk. für den Monat April erhöht worden sind. Diese 66 Pf. Erhöhung bekommt ein 30 Prozent Kriegsbeschädigter ohne Ausgleichszulage in Ortsklasse E., und den höchsten Satz von 8,25 Mk. erhält ein verheirateter 100 Prozent Kriegsbeschädigter mit erhöhter Ausgleichszulage in Ortsklasse A. Es kommt diese Rentenerhöhung einer Verhöhnung sämtlicher Kriegsopfer gleich und zeigt diese Gegenüberstellung niedrigst einmal recht klar, was die Kriegsopfer von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erhoffen haben. Sie müssen mit dem klassenbewußten Proletariat den rücksichtslosen Klassenkampf führen bis zur endgültigen Beseitigung dieser verfaulten Gesellschaftsordnung. Darum, Kriegsbeschädigte, hinein in den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (deutsche Sektion). Anmeldungen für Merseburg: Karl Brückner, Große Sittstraße 17; Otto Zippolt, Sand 7; Paul Hübner, Gotthardstor; Emil Teichow, Brauhausstraße.

Merseburg. Sitzung des Kreistages. Am Dienstag, dem 15. April, vormittags 10 Uhr, findet im Sitzungssaale des Kreishauses Merseburg, Kleine Ritterstraße 19, eine Sitzung des Kreistages statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Übernahme

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0006

der hiesigen Hufbeschlagschmiede in die Verwaltung des Kreises. Haushaltsplan des Landkreises Merseburg für das Rechnungsjahr 1924. Beschlußfassung über Beteiligung des Kreises an der Herstellung einer Straßenbahnverbindung Ammendorf—Schkeuditz. Gemeinschaftsvertrag der an der Merseburger Ueberlandbahnen-Aktiengesellschaft beteiligten Kommunalverbände. Wahlen von Schiedsmännern und deren Stellvertreter. Wahl von Vertrauensmännern für die bei den Amtsgerichten zusammentretenden Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen nach § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877. Es sind zu wählen für das Amtsgericht Merseburg 3 Vertrauensmänner, Lützen 7 Vertrauensmänner, Schkeuditz 7 Vertrauensmänner, Lauchstaedt 7 Vertrauensmänner, Halle a. S. 2 Vertrauensmänner. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Kreisausschusses zur Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des Gewerbesteuerausschusses. Wahl eines Amtsvorsteher-Stellvertreters für den Amtsbezirk Kitzen.

Merseburg. Fraktionssitzung der Konsumgenossenschaft. Dienstag, den 15. April, abends 7½ Uhr, findet in der „Funkenburg" eine Sitzung aller kommunistischen Mitglieder der Konsumgenossenschaft statt. Es wird Wert darauf gelegt, daß auch die genossenschaftlichen Mitglieder der Umgebung daran teilnehmen.

Leuna. Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna. Dem Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna lag am Sonntag die Abnahme der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1923 ob. Nach dieser Jahresrechnung beträgt das Vermögen der Kasse 28 081,90 Goldmark. Die lange Frostperiode, während welcher das Bauhandwerk vollständig ruhte, brachte der Kasse erhebliche Ausfälle an Beitragseinnahmen, auch war der Krankenbestand seit Mitte Dezember 1923 bis jetzt ein außerordentlich hoher. Am 31. März 1924 war daher bereits gegenüber dem Ergebnis der Jahresrechnung 1923 eine Unterbilanz von 10 892 Mk. zu verzeichnen. Die Finanzlage der Kasse gestattet demnach zurzeit eine Herabsetzung des jetzigen Beitragsfußes von 7½ Prozent des Grundlohnes ohne wesentlichen Abbau der Familienhilfe noch nicht. Dem Vorstand und Rechnungsführer wurde Entlastung erteilt und von der Aufstellung eines Voranschlages für das Jahr 1924 mit Rücksicht auf die noch unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse Abstand genommen. Gelegentlich der Krankengeldauszahlung, die jeden Freitag von 2 bis 5 Uhr in Keuschberg, Leipziger Straße (Konsumverein, Hofeingang), und jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr in Lützen, Bismarckstraße 16, stattfindet, sollen künftig auch Beiträge entgegengenommen werden, soweit den Herren Arbeitgebern die Beitragsrechnung zugegangen ist. An den Zahltagen werden auch Meldeformulare abgegeben und Auskünfte erteilt.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Aus der Partei. Heute, Montag, abend 6 Uhr im „Volkshaus" Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen pünktlich zur Stelle sein. Anschließend um 8 Uhr Mitgliederversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Weißenfels. Achtung, Rentner! Heute und morgen vormittag findet in der Fürsorgestelle, Leopold-Kell-Straße 14, die Auszahlung der Zusatzrente statt. — Die Auszahlung der Unterstützung für Sozial- und Kleinrentner für Monat April erfolgt in der 1. Knabenklasse der Bürgerschule in nachstehender Reihenfolge: für Sozialrentner mit den Anfangsbuchstaben A bis L am Montag, dem 14. April, vormittags von 9 bis 12 Uhr; für Sozialrentner mit den Anfangsbuchstaben M bis Z am Dienstag, dem 15. April, vormittags von 9 bis 12 Uhr; für Kleinrentner am Mittwoch, dem 16. April, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Zeitz. Turnerspielleute der Gruppe Zeitz! Die Spielleute werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Dienstag, dem 15. April, das Begräbnis des Turngenossen Schirmer (Turnerbund) stattfindet. Es ist Pflicht aller Spielleute, sich daran zu beteiligen. Abmarsch 5½ Uhr vom Krankenhaus.

Meuselwitz. Kampf der Bauarbeiter um den Achtstundentag. Auch die hiesigen Bauunternehmer haben die Offensive gegen den Achtstundentag ergriffen. Rund 70 Bauarbeiter sind, da sie sich weigerten, länger als acht Stunden zu arbeiten, auf die Straße gesetzt worden. **Wir ersuchen um strengste Solidarität und um Fernhaltung jeden Zuzugs nach Meuselwitz,** damit der Plan dieser Gesellschaft zerschlagen wird.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Unterbezirk Eisleben. Wir ersuchen die Ortsgruppen, unbedingt auf schnellstem Wege abzurechnen, damit wir auf Grund der Abrechnungen unsere Delegiertenzahl zum Gautag für den Unterbezirk angeben können. Die Unterbezirksbeiträge betragen pro Mitglied für jeden Monat 10 Pfennig, abzurechnen sind die Monate Januar, Februar, März und April. Unsere nächste Unterbezirkskonferenz findet am Sonntag, dem 27. April, in Helbra statt. Näheres hierzu erfolgt durch Rundschreiben. Die Sozialrentnerfraktion bitten wir um sofortige Einsendung ihrer Adresse. **Die Unterbezirksleitung.**

Mansfelder Seekreis. „Klassenkampf"-Austräger gesucht! Für die Orte Ziegelrode und Naundorf bei Beesenstedt werden sofort Zeitungsausträger gesucht. Meldungen an den Verlag des Klassenkampf in Halle erbeten.

Wolferode. Sieg der Opposition im BAV. Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes hat in der hiesigen Zahlstelle folgendes glänzende Ergebnis gezeitigt. Frd. Müller 69 Stimmen, Wilh. Liebau 66 Stimmen, Karl Schopeck 64 Stimmen. Die übrigen vier Kandidaten erhielten nur 1 bis 4 Stimmen. Die drei genannten gehören der Opposition an. Die Bergleute haben den verräterischen Reformisten die verdiente Quittung ausgestellt.

Gerbstedt. Im Zeichen der Republik! Ein Konzert der republikanischen Reichswehrkapelle fand ausgerechnet beim monarchistischen Kriegerverein „Hohenzollern" statt. Die Monarchisten werden mit republikanischen Einrichtungen großgezogen.

Bitterfeld-Delitzsch

Zörbig. Die kommunistische Bewegung marschiert! Am Freitag fand hier die erste öffentliche Wählerversammlung der KPD. statt. Genosse Schoenlank sprach über das Thema: „Wie stellt sich die Arbeiterschaft zu den kommenden Wahlen?" Er wies in seinem Referat besonders auf die groben Fehler der einzelnen Parteien gegen das gesamte Proletariat hin und forderte die Anwesenden auf, am Wahltage ihre Stimmen nur der Kommunistischen Partei zu geben. Die Versammlung war ein Erfolg der hiesigen Ortsgruppe. Es wurden eine Anzahl Neuaufnahmen für die Partei gemacht. Eine am Schluß der Versammlung vorgenommene Tellersammlung erbrachte 19 Mark, welche dem Kampffonds der Partei überwiesen wurden. An die Arbeiterfrauen richten wir die Bitte, unsere Versammlungen mehr als bisher zu besuchen.

Eilenburg. Das Gewerkschaftskartell hatte am 10. April eine öffentliche Versammlung einberufen, um sich mit der Versorgung aller unter die Sozialfürsorge fallenden Rentenempfänger zu befassen. Der Referent, Genosse Flache (Erfurt), verstand es, den Betrug der Regierungen, den man an uns Rentenempfängern verübt hat, gut zu schildern. Er wies nach, daß das Elend dieser Schichten ein geradezu grauenhaftes ist. Wagt man doch [illegible] einem Schwerkriegsbeschädigten, welcher 100 Prozent erwerbsunfähig ist, eine monatliche Rente von 25 Mk. zu geben. Dazu kommt im „Bedürftigkeitsfalle" eine Zusatzrente in Höhe von 6 bis 30 Mk., so daß er also ein monatliches Einkommen hat von durchschnittlich 40 bis 45 Mk. Vor dem Kriege bekam derselbe Schwerbeschädigte wenigstens 87 Mk. Für den Verlust eines Fingers zahlte man vor dem Kriege eine monatliche Rente von 19,50 Mk., für den Verlust eines ganzen Beines zahlt man heute 9,40 wackelige Rentenmark. Eine Witwe bekam damals 33,35 Mk., heute bekommt sie 7,20 Mk. Ist sie erwerbsunfähig, d. h. ist sie durch jahrelange Not und Entbehrungen dem Hungertode schon einen guten Schritt näher, kann ihre Rente auf 14,20 Mk. „erhöht" werden. Aehnlich liegen die Dinge in der Unfallversicherung. Ein weiteres Kapitel ist die Invalidenversicherung. Während der Arbeiterschaft von den traurigen Löhnen die Beiträge abgezogen werden, mußte der Staat den Unternehmern Kredite geben, damit sie ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet nachkommen konnten. Die Erwerbslosenfürsorge ist ein ebenfalls sehr wichtiger Teil der Sozialfürsorge. Hier sieht man, wie der Kapitalismus seine ganze Brutalität entfaltet, um sich seine augenblickliche Ueberlegenheit nicht entgehen zu lassen. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist heute jeder Unternehmer in der Lage, seinen Betrieb als lebenswichtigen zu erklären. Seine Arbeiten liegen in öffentlichem Interesse und hier braucht er nur die Erwerbslosenunterstützung als Lohn zu zahlen. Wenn man nun all diesem Elend ein Ende machen will, muß man bei der Wurzel alles Uebels beginnen. Und dies ist unsere bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung. Alle diese Schandverordnungen sind Blüten der Ermächtigungsgesetze. Jeder „Volksvertreter", der diesen zugestimmt hat, trägt die Verantwortung für das Elend von Tausenden hungernder Kriegs- und Arbeitsinvaliden, Alters-, Witwen- und Waisenrentner, unzähliger Arbeitslosen und ihren Familien. Jeder Arbeiter, der sich noch als Mitglied dieser Parteien führen läßt, stützt diesen bewußten Verrat und Betrug an seinen eigenen Arbeitsbrüdern und an sich selbst. Die einzige Rentenempfängerorganisation, welche sich im verzweifelnden Kampf gegen all diesen Schwindel und Betrug gewandt hat, der „Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit", wurde dafür von Ebert verboten. Gestärkt und mit neuer Kraft tritt er jetzt wieder auf den Plan. Allen Rentenempfängern rufen wir zu: Heraus aus den politisch neutralen, konterrevolutionären Verbänden, verzichtet auf „den Dank des Vaterlandes", fordert mit verschärftem Nachdruck Euere Rechte. Nicht Bettelpfennige wollen wir, sondern eine Versorgung im wahrsten Sinne des Wortes. Dem gesunden Proletariat rufen wir zu: Unterstützt uns in unserem Kampfe! Am 4. Mai sollen auch diejenigen ihre Quittung erhalten, denen wir unser Elend verdanken. Rentenempfänger, denkt an die Versprechungen während des Krieges, denkt an Ermächtigungsgesetze und denkt an Eure Zukunft!

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Achtung, verlorengegangene Sammellisten! Von den Sammellisten der KPD. zur Reichstagswahl sind die Listen Nr. 815 bis 834 verlorengegangen. Vor Mißbrauch wird deshalb gewarnt!

Piesteritz. Elternbeirats-Sitzung der Mädchenschule. In der letzten erweiterten Elternbeiratssitzung wurde das Kochen in der Mädchenschule für die JAH. und die Kinderarbeit ausgiebig besprochen. Anlaß dazu gab der Artikel vom 18. v. M. und die bevorstehenden Ferien. Es ist einfach unerhört, angesichts der Tatsachen von einer falschen Berichterstattung zu sprechen. Die Elternbeiratssitzung sollte gewissermaßen eine Rechtfertigung werden, sie ist eine Bestätigung unserer Anklage geworden. Interessant waren die Meinungsverschiedenheiten über diese Arbeit unter den Lehrern. Rektor Becherer war für die Teilnahme der Kinder an der Arbeit; andere Lehrer waren dagegen. Ist das nicht bezeichnend? Ein Lehrer führte pädagogische Gründe dagegen ins Feld, den Kindern ginge zuviel Unterrichtszeit verloren; diese Zeit nachzuholen ist bei der körperlichen Konstellation der Kinder einfach unmöglich. Ganz unsere Meinung! Vielleicht stellt Lehrer B. einmal fest, ob nicht tatsächlich lungenkranke Kinder mitarbeiten mußten oder ob die Anführung dieser Tatsache nur eine böswillige Erfindung unsererseits ist? Die Mütter zeugen für unsere Angaben! Daß die Arbeit für die Kinder eine Gefahr ist, hat der Elternbeirat Richter besser bewiesen, als wir es überhaupt konnten. Wenn Kinder bis auf die Haut durchnäßt nach Hause kommen, so bedeutet das für Kinder, die krank sind, eine Riesengefahr. Wieviel Kinder sind in Piesteritz denn noch gesund? Jedes weitere Wort könnte nur abschwächen. Noch eins ist festgestellt worden, und zwar, daß die Kinder für das Umrühren viel zu klein und zu schwach waren. Jedenfalls hat die Sitzung unsere Angaben vollständig bestätigt. Daß man nebenbei einen kleinen Angriff auf den Berichterstatter unternahm, ist bei der grundsätzlichen Einstellung dieser Leute in Schulfragen sehr gut zu verstehen, doch sollte man nicht zu unlauteren Mitteln greifen, denn diese könnten ins Gegenteil umschlagen. Mit dem Elternbeiratsvorsitzenden Weigelt (VSPD.), der mit den Lehrern durch dick und dünn geht und auch für die Kinderarbeit war, werden wir bei der Elternbeiratswahl abrechnen. Die Abmachungen, auf Grund deren er dort sitzt, scheint dieser Harmonieapostel nicht mehr zu kennen. So, Ihr Herren, das wäre die Berichtigung; grundsätzliches darüber bei der Elternbeiratswahl!

Torgau-Liebenwerda

Torgau. Professor Quidde in Torgau! Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hielt eine öffentliche Versammlung ab, zu der Professor Quidde erschienen war. Der Referent erklärte eingangs seiner Ausführungen, daß er das Programm der deutschen Friedensgesellschaft entwickle. Er lehnt jeden Kriegsgedanken ab, auch den Klassenkampf, billigt aber die Abwehr bei einem Angriff auf das Proletariat. Weiter streifte er die Ruhr- und Rheinfrage, die nur gelöst werden könne durch die Revision des Versailler Friedensvertrages. Er setzt seine Hoffnung auf den Völkerbund. Den Deutschvölkischen gab er die verdiente Abreibung für ihre Kriegs- und Mordhetze. Die deutschvölkischen Radaubrüder versuchten, die Versammlung zu stören. Um dies zu verhindern, war der Saal von einem Kommando Schupo besetzt worden. In der Diskussion sprachen verschiedene Redner. Der Kriegsgerichtsrat a. D. Adolf Hoffmann verzapfte allerhand Blödsinn. Er erntete schallendes Gelächter und mußte abtreten. Herr Behmack, ein ehemaliger Offizier, sprach von der Schuldlüge am Weltkriege. Genosse Spreewitz rechnete scharf mit den Deutschvölkischen ab und präzisierte unsere Stellung zu dem heutigen Staate. Er erntete lebhaften Beifall. In seinem Schlußwort fertigte Professor Quidde die einzelnen Redner ab.

Torgau. Selbstmordversuch. Der Schlosserlehrling H. erkletterte in selbstmörderischer Absicht einen Mast der Hochspannungsleitung in der Nähe des Entenfanges. Er stürzte schwer verbrannt ab und wurde von der Arbeiter-Samariterkolonne dem Krankenhaus zugeführt. Dortselbst wurde ihm sofort der linke Arm amputiert.

Torgau. Treue Seelen finden sich... Sie haben sich zusammengefunden zum „treuteutschen Abend" im „Tivoli", nämlich Hakenkreuz, Stahlhelm, Wehrwolf und die deutschen Jungfrauen des Königin-Luisen-Bundes. Im grauen Kittel, den Hungerriemen umgewürgt, haben „sie" gefeiert. Auch die politisch neutrale Reichswehr hatte ihre Standarte neben die Tuchfetzen des [illegible] gesetzt. Die Polizeistunde war nicht lang genug, deshalb hat man beschlossen, nach dem Bahnhofs-Restaurant zu — schwanken. Bewaffnet mit Schnapsbullen und Zigaretten kamen diese Treudeutschen gröhlend und johlend angetorkelt. „Wir halten fest und treu zusammen", gelobten die „Damen" den „Herren", aber sie hielten nicht fest, denn sie schwankten und fielen wie die Halme unter der Sense. Um 5 Uhr endlich trennte „man" sich. Wir müssen leider feststellen, daß sich sogenannte Aucharbeiter bei den Reaktionären herumtreiben, um gegen die Arbeiterschaft ausgespielt zu werden. Arbeiter, heraus aus den bürgerlichen Organisationen, schließt Euch der proletarischen Kampffront an.

Torgau. Drescher ist kein Kommunistenfresser mehr! Die VSPD. hatte sich zu ihrer Wahlversammlung Herrn Drescher diesmal verschrieben. Seine Ausführungen der übliche Quark; er ging wie die Katze um den Brei herum. In der Diskussion sprach ein Parteiloser, der ihn und seine Trabanten gehörig unter die Lupe nahm. Er erinnerte Drescher daran, daß es ein Noske war, der die weißgardistischen Offiziere großzog, um das revolutionäre Proletariat abzuschlachten. Weiter verwies er darauf, daß es „Genosse" Fritz Ebert war, der die Sondergerichte und den Belagerungszustand schuf. Es sprach dann noch ein Herr M., welcher sich in persönlichen Angriffen gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Schröder erging. Die Backpfeifen haben gesessen! In seinem Schlußwort gab Drescher die Sünden der Sozialdemokratie zu, aber in ganz entstellter Form. Er erklärte, wenn heute noch Karl Liebknecht lebte, würde er wieder bei der VSPD. sein. Ein großes Gelächter war die Antwort darauf. Drescher hütete sich, die KPD. anzugreifen, denn die Ausführungen unserer Genossen in letzter Versammlung haben offenbar gut gewirkt. Weiter erklärte er, daß er kein Kommunistenfresser und sogar ein Freund Sowjet-Rußlands sei! Er hat sehr schnell umgelernt. Es waren nur 80 Personen erschienen, und davon die Hälfte KPD.-Genossen. Die Arbeiter kriechen nicht mehr auf den Leim der VSPD. Sie werden ihr am 4. Mai die Quittung für den Arbeiterverrat erteilen. An diesem Tage kann es für jeden denkenden Abeiter nur heißen: Alle Stimmen der KPD.

Magdeburg-Anhalt

Magdeburg. Ein Mädchen an Hunger und Verwahrlosung gestorben. Die Stieftochter des Kohlenhändlers Weinert ist nach Gutachten der Gerichtskommission an Hunger und allgemeiner Verwahrlosung gestorben. Bis zum Tode ihrer Mutter war sie noch eine verhältnismäßig gesunde und kräftige Person, aber als die jetzige Frau des Weinert als Wirtschafterin ins Haus kam, wurde das unglückliche Geschöpf seinem Tode unmittelbar entgegengeführt. Durch Zeugenaussagen ist festgestellt worden, daß Hildegard Matuschek, dauernd in einem dunklen, schmutzigen Raume eingesperrt, sich selbst überlassen war und bei geringen Verfehlungen, die auf ihren Geisteszustand zurückzuführen waren, in brutaler Weise mißhandelt worden ist. Die Eheleute Weinert sind dem Gericht zugeführt worden.

Magdeburg. Liebesdrama. In einer Parkanlage wurde der Reichswehrsoldat Krüger erschossen und die Kontoristin Elisabeth B. mit einem Schuß im Unterleibe aufgefunden. Die Tat war als Folge eines voraufgegangenen Streites von Krüger ausgeführt worden.

Bernburg. Ein Krematorium. Der Gemeinderat hat beschlossen, ein Krematorium zu errichten.

Staßfurt. Tödlich verunglückt. Auf dem Tagebau der Jakobsgrube flog dem Arbeiter Buhtz ein scharfes Eisenstück gegen den Hals, zerriß die Halsschlagader und führte zur Verblutung des Mannes.

Bezirk Hessen-Waldeck

Sozialdemokratische und bürgerliche Wahlgemeinschaft

Was immer, trotz vieler Beweise von Teilen der Arbeiterschaft noch bezweifelt wird, in Kassel wird es offene Tatsache. Auf einer ganzen Seite in dem Blatt der so stolzen Sozialdemokratischen Partei Kassel finden wir den Wahlaufruf der Demokratischen Partei. Für nationale Einheit und für was die schwerreichen Demokraten sonst noch im Interesse ihrer Besitztümer wirken, macht die SPD. auf einer ganzen Seite Reklame. Wir glauben nicht nötig zu haben, unsern Lesern zu erklären, was die Demokratische Partei ist. Sie bildet den linken Flügel des deutschen Kapitals und setzt sich zusammen aus den Kreisen aller Unternehmer. Für diese Partei, deren Mitglieder rücksichtslos ohne jedes Erbarmen die deutschen Arbeiter knechteten und bis aufs Mark aussogen, die eine Partei des Kapitals mit demokratischem Mäntelchen ist, machen die Sozialdemokraten Wahlpropaganda. Das ist die Einheitsfront von Westarp bis Scheidemann. Es ist gut, das die SPD. den Arbeitern kurz vor der Wahl ihr Bündnis mit den Kapitalisten so gut illustriert. Wie groß muß der geistige, finanzielle und moralische Bankrott der Leute aus der Bahnhofstraße sein, das sie es offen wagen, ihren Arbeiterlesern mit solcher Verworfenheit unter die Augen zu treten.

Die Arbeiter werden es in der Zukunft noch besser verstehen, wenn wir das Treiben dieser Elemente als offenen Verrat an der Sache des Proletariats bezeichnen **und am Tage der Wahl die Antwort nicht schuldig bleiben.**

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Mittwoch abend ½9 Uhr in der „Ahnaschenke", Weserstraße

Thema: **Gemeindewahlen**

Das unbedingte Erscheinen eines jeden Genossen ist in Anbetracht der Tagesordnung wichtig. Ortsleitung Cassel

Völkische Heldentaten in Wolfhagen

In Wolfhagen fanden vor einiger Zeit Zusammenstöße zwischen Völkischen und Arbeitern statt, die, wie das selbstverständlich in Eberts freier Republik ist, zur Verurteilung der Arbeiter führten.

Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren hagelten auf die Arbeiter nieder, die den maßlosen Frechheiten des Völkischen Morgesindels entgegentraten, den Faszisten wurde kein Haar gekrümmt. Der Erfolg sollte nicht auf sich warten lassen. Durch das skandalöse Urteil ermutigt, gehen die Hakenkreuzler dazu über, schlagen den jüdischen Einwohnern die Fenster ein und demolieren auf das gemeinste den jüdischen Friedhof. So züchtet die Republik Eberts dieses Mordgesindel und bringt ehrliche Arbeiter, die dieses Gelichter zur Ordnung bringen wollte, in die Zuchthäuser. Aufgabe der Arbeiter in Wolfhagen muß es sein, unter Zusammenschluß mit der Fahne des Klassenkampfes mit der KPD. den Kampf zu führen gegen sämtliches Faszistengesindel und diejenigen, die diese Bande gezüchtet haben.

Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft, sorgt für schnelle Auffüllung Eures Geschäftsanteils! Laut Beschluß der Generalversammlung vom 28. März beträgt dieser 10 Goldmark. Nach § 5 der Satzungen muß der Anteil innerhalb 3 Monaten eingezahlt sein. Die Verwaltung ist sonst zum Ausschluß gezwungen. Die Bureaus sind bis 5½ geöffnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0007

Aus dem Gerichtssaal

Schöffengericht Halle

Wegen Körperverletzung, Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt standen zwei Schupowachtmeister und drei Bürger aus Merseburg in der Anklagebank. Aus der Verhandlung ergab sich folgendes: Am 4. Dezember 1923, morgens gegen 2 Uhr, befanden sich die beiden angeklagten Wachtmeister auf einem Patrouillegang durch die Stadt. Da hörten sie, nach ihrer Aussage, ruhestörenden Lärm. Sie gingen der Richtung, aus welcher der Lärm kam. Vor dem Stadtcafé sahen sie mehrere Personen, welche Arien und sollten. Als sie dieselben zur Ruhe ermahnten, fiel die Bemerkung: „Kommen Sie mit erst dienstlich!" Es entwickelte sich eine Streiterei. Die Wachtmeister wollten die Namen der Personen feststellen, was ihnen aber nicht gelang. Einige Personen gingen wieder ins Café zurück. Der Gastwirt Ruhe und einer seiner Freunde wurden aufgefordert, mit zur Wache zu kommen, zwecks Feststellung ihrer Personalien. Sie weigerten sich. Ruhe sollte, als sein Freund abgeführt wurde, auf einen Wachtmeister eingehauen haben. Daraufhin wurde er in die Kette genommen und trotz heftigen Sträubens zur Wache gebracht. Auf dem Wege dorthin schimpfte Ruhe auf die Schupo und gebrauchte u. a. Ausdrücke, wie: „Kommunistisches Gesindel! Schweinebande!" Nach Feststellung der Personalien wurden beide wieder entlassen. Von den Wachtmeistern wurde gegen sie und einen Dritten Anzeige wegen Widerstandes und Beleidigung gemacht. Soweit die Aussagen der Wachtmeister. Die anderen Angeklagten bestritten alles, bis auf Ruhe, der die Beleidigung zugab. Eine Anzahl Personen waren am fraglichen Tage bei Ruhe zu einer Geburtstagsfeier eingeladen gewesen. Gegen 2 Uhr morgens gingen mehrere mal hinaus, um frische Luft zu schöpfen. Dabei wollten sie sich ganz ruhig unterhalten und bestritten, ruhestörenden Lärm verursacht zu haben. Als sie nach ihren Namen gefragt wurden, hätte Ruhe gesagt: „Ich bin der Gastwirt Ruhe von diesem Café, und das ist mein Freund B., für diesen bürge ich!" Darauf hätten aber die Wachtmeister nicht geachtet, sondern sich gleich auf sie gestürzt und gemißhandelt. Weil Ruhe fürchterliche Schmerzen gelitten hätte, habe er auf die Schupo geschimpft. Der Wachtmeister S. hätte gesagt: „So lange ich noch in Merseburg bin, haben Sie nichts zu lachen!" Auf dem Wege zur Wache wurde er, weil er sich sträubte, mitzugehen, da er sich keiner Schuld bewußt war, geschlagen. Er stellte Strafantrag wegen Körperverletzung gegen die Wachtmeister. Die Leumundszeugen stellten beiden Parteien die besten Zeugnisse aus. Sehr schwierig war daher die Feststellung, auf welcher Seite die eigentliche Schuld lag. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte R., ein sehr leicht erregbarer Mensch, den Anstoß zu dem Vorfall gegeben habe. Es verurteilte ihn zu 200 Mark und den Angeklagten Ruhe zu 130 Mark Geldstrafe wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung und sprach die übrigen Angeklagten frei.

*

Der Arbeiter K. aus Wolfen stand unter der Anklage, mehrere Diebstähle ausgeführt zu haben, vor den Richtern. Er stammt aus einer sehr zahlreichen Familie und gilt als geistig anormaler Mensch. Schwere Arbeiten konnte er infolge allgemeiner Körperschwäche nicht verrichten. Vor nicht allzu langer Zeit war er an Gehirnhautentzündung erkrankt und litt seitdem an Gedächtnisschwäche. Im Dezember 1922 wurden in Delitzsch mehrere Einbrüche verübt, für die er, nach Meinung des Gerichts, als Täter in Frage kam. Mit einem gewissen Erich, den er in Leipzig kennen gelernt haben wollte, hatte er, nach seiner Angabe, einen Diebstahl ausgeführt. Die anderen Diebstähle bestritt er. Seine Aussage widersprach sich mit den früheren Angaben. Der Sachverständige hielt ihn nur für vermindert zurechnungsfähig. Der Paragraph 51, der für Unzurechnungsfähigkeit in Frage kommt, könne bei ihm keine Anwendung finden. Das Gericht hielt ihn in drei Fällen für überführt und verurteilte ihn zu 10 Monaten Gefängnis. Mit solchen Mitteln sollen nun kranke Menschen geheilt werden.

*

Ein Freispruch

Genosse Schmöller, welcher als Amtsvorsteher von Dürrenberg tätig ist, stand vor dem Gericht, unter der Anklage der Freiheitsberaubung. Als kommunistischer Amtsvorsteher hat er natürlich mehr als einen Feind. Ein solcher ist der als Zeuge erschienene Böhning. Mit diesen geriet er eines Tages in Streit und wurde von ihm geschlagen und beschimpft. Daraufhin ließ er ihn verhaften. Er war der Meinung, daß er, als Amtsvorsteher, dazu die Befugnis habe; und berief sich auf das Polizeibuch, das jeder Amtsvorsteher besitzt. Danach hat er das Recht, Personen, die ihn als Amtsvorsteher beleidigen oder tätlich angreifen, verhaften zu lassen. B. hatte gegen ihn wegen Freiheitsberaubung einen Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt war schnell bei der Hand und beantragte 4 Monate Gefängnis. (Man denke an die vielen unberechtigten Freiheitsberaubungen von Proleten!!) Das Gericht kam nach Darlegungen des Verteidigers Dr. Albert Müller, Halle, zu einem Freispruch.

Aus dem Geschäftsverkehr

Geschätzverkehr. Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der altbekannten Schokoladenfabrik Most, G. m. b. H., Halle, bei.

Arbeiter-Sport

Das wahre Gesicht der Luzerner Einheitsapostel

In dem Organ der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, der „Deutschen Arbeiter-Sportzeitung" (Aprilnummer) lesen wir:

Internationale Konferenz in Frankfurt a. M.

In der Woche nach Ostern findet in Frankfurt eine internationale Konferenz statt, die endgültig über die Abhaltung der Olympiade entscheiden soll. Mehrfach ist der Wunsch laut geworden, die Veranstaltung um ein Jahr zu verschieben. Es erscheint auch fraglich, ob die Anlage rechtzeitig fertig wird. Nach alledem bedarf es noch einer gründlichen Ueberlegung, ob schon im nächsten Jahr die Abhaltung des Riesenfestes möglich ist. Auch andere Fragen bedürfen noch der Klärung. Darum dürfte von einer Einladung nicht dem Internationalen Bunde angehörender Länder für dieses Mal noch abgesehen werden müssen.

Die Tagesordnung ist folgende: Mittwoch, den 23. April, abends 7½ Uhr, Versammlung der Frankfurter Sportler im Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 24. April, Tagung des Internationalen Bureaus und Sitzung der Techniker. Freitag, den 25. April, Internationale Konferenz. Sonnabend, den 26. April, Sitzung der Techniker.

Zum besseren Verständnis der Leser muß folgendes mitgeteilt werden. Bereits im August beschloß die Bureausitzung der Luzerner Sportinternationale, zwecks Verhandlung über eine Teilnahme der Roten Sportinternationale an der Olympiade, die RSJ. zu der Sitzung einzuladen. Die Leitung von Luzern machte die Durchführung des Beschlusses von dem Ergebnis abhängig, daß eine Rundfrage über Einladung oder Nichteinladung der RSJ. bei den Sektionen Luzern haben würde. Trotz dieser absichtlichen bureaukratischen Erschwerung wurden die Spitzenorganisationen in fast allen angeschlossenen Ländern von der Mitgliedschaft gezwungen, die Einladung der RSJ. zur Ostersitzung zu fordern.

Jedoch das Sekretariat in Brüssel sabotierte den Willen der großen Masse der Mitgliedschaft und „vergaß" die Einladung der RSJ. Das gab verschiedentlich einen Sturm in den einzelnen Ländern und so mußte nach einer Ausrede gesucht werden, um beschwichtigend zu wirken. Jetzt ist sie heraus.

Aber was für eine Ausrede? Es sollen Wünsche laut geworden sein, die Olympiade zu verschieben, aber nirgends hat man bisher etwas davon gehört.

Ob die Olympiade 1925 oder 1926 stattfindet, ist weniger wichtig, wichtiger ist die Absicht, die RSJ. von der Sitzung in Frankfurt a. M. fernzuhalten. Wenn sich dann herausstellt, daß „man die Olympiade doch 1925 abhalten kann", wird man „mit Bedauern feststellen", daß die RSJ. nicht mehr zu erreichen ist. So narren rechtssozialistische Einheitsapostel ihre Mitglieder, die an die Ehrlichkeit solcher Demagogen noch glauben.

Wir geben den Mitgliedern der Arbeiter-Sportverbände von dieser Hinterhältigkeit ihrer sozialistischen Führerclique in der Luzerner Sportinternationale Kenntnis und fordern sie auf, durch ihre Vertreter gegen dieses Lügenspiel zu protestieren.

Wir unserserseits werden die Herren zwingen, ihre Masken noch weiter zu lüften.

Berliner Bureau der Roten Sportinternationale.

zu erwarten. Noske ist im Ehrenausschuß der bürgerlichen Sportverbände, der sozialdemokratische Bürgermeister von München war im Festausschuß zum „deutschen" Turnfest, und viele andere Fälle beweisen das. Also, Turn- und Sportgenossen, setzt Euch dafür ein, daß die KPD. bei den Reichstags- und Gemeindewahlen den Sieg erringt, denn ihr Sieg ist Euer Sieg!

Sportkartell Halle. Am Dienstag, dem 15. April, abends 8 Uhr, findet eine Kartellsitzung statt. Da die Tagung sehr wichtig ist und verschiedene Beschlüsse gefaßt werden müssen, müssen alle Delegierten und Vereinsvorstände erscheinen. • **Der Vorstand.**

Bezirks-Sportkartell. Wir weisen die Ortssportkartelle auf die am 20. April, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße, stattfindende Bezirkssitzung hin. Jedes Sportkartell des Regierungsbezirks Merseburg ist verpflichtet, einen Delegierten auf eigene Kosten zu senden. **Die Bezirksleitung.**

Sturm 07. Magdeburg 1. gegen Viktoria Halle 1. in Magdeburg. Die erste Elf Viktorias weilte am Sonntag in Magdeburg, um der ersten Mannschaft von Sturm 07, der erst kürzlich ein 3:2-Sieg gegen Minerva beschieden war, ein Gastspiel zu liefern. Dem zahlreich erschienenen Publikum wurde ein selten schönes Spiel vorgeführt, aus dem Viktoria mit dem glatten Resultat von 2:0 als Sieger hervorging.

Neues vom Tage

Kasernenbrand in Goslar. Gestern nachmittag brach in der Domkaserne in Goslar Feuer aus. Der dem Kaiserhaus gegenüberliegende Flügel der Kaserne stand bald in Flammen. Das Feuer griff auf die im obersten Stock befindlichen Munitionslager über, wodurch heftige Detonationen entstanden. Um 2½ Uhr nachts flog der Dachstuhl in die Luft und überschüttete die Umgegend weithin mit Sprengstücken und brennenden Dachsparren. Der Brand hat sich auf das ganze Gebäude ausgedehnt.

Grubenunglück auf einer westfälischen Zeche. In Heesen bei Hamm hat sich auf der Zeche Sachsen ein schweres Grubenunglück zugetragen. An einem Bremsberg in der Grube lösten sich einige Wagen von dem Zugseil, sausten die Strecke zurück und faßten hier drei Arbeiter, die nicht ausweichen konnten. Einer war sofort tot, ein zweiter starb auf dem Transport, der dritte wurde schwerverletzt.

Schwere Störungen durch Schneewetter. Ein außerordentlich heftiges Schneewetter tobte am Donnerstag über der Umgegend von Hamburg. Das Schneetreiben setzte in der Frühe ein und dauerte ununterbrochen bis zum späten Nachmittag an. Infolge der riesigen Schneemassen und des starken Sturmes hat der Telephon- und Eisenbahnverkehr erheblich gelitten. An vielen Stellen haben die Telegraphendrähte die Schneelast nicht mehr tragen können und sind gerissen. Der Sturm hat auf der Berliner Strecke zwischen Hamburg und Bergedorf nahezu jede zweite Telegraphenstange geknickt. Dadurch sind häufig die Gleise gesperrt worden, da die meisten Stangen vielfach quer über die Schienen getaden sind. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Altona an die Reichsbahndirektion Berlin haben sämtliche abgehenden und ankommenden Züge zum Teil Verspätungen bis zu drei Stunden. Man hofft, daß es im Laufe des Freitags gelingen wird, die Berliner Züge wieder fahrplanmäßig verkehren zu lassen. Besonders große Verspätungen hatten die Nachmittagszüge Hamburg—Köln und Hamburg—Frankfurt a. M. — Auch aus Saarbrücken geht eine Meldung ein, daß dort ein starker Schneefall eingesetzt hat. Durch heftiges Schneewetter am Rhein und in Westdeutschland sind auch die Telephonverbindungen mit Frankreich und Holland und über diese Länder mit England schwer gestört.

Eisenbahnunglück auf dem Lehrter Bahnhof. In der Nacht zum Sonnabend hat sich auf dem Lehrter Bahnhof ein schweres Unglück ereignet, dem vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Gegen 3 Uhr wollten vier Arbeiter, die daselbst beschäftigt sind, ihre Arbeitsstelle aufsuchen. Zu gleicher Zeit wurde der aus Frankfurt a. d. O. eintreffende Personenzug auf ein anderes Gleis geleitet, wovon die vier Arbeiter keine Kenntnis hatten. Der herannahende Zug wurde von ihnen nicht bemerkt und sie wurden von der Lokomotive erfaßt und sämtlich überfahren und getötet. Der Lokomotivführer des Frankfurter Zuges hatte von dem Vorgang nichts wahrgenommen. Erst auf dem Bahnhof Grunewald bemerkte man an der Schutzvorrichtung der Lokomotive einen abgerissenen Menschenkopf. Es wurden daraufhin sogleich Nachforschungen eingeleitet, die ergaben, daß der obengeschilderte Unglücksfall sich auf dem Lehrter Bahnhof ereignet hatte.

Kleinrentnertragödie. Der Kaufmann Sellin in Berlin, der sich durch Fleiß und Umsicht ein stattliches Landhäuschen erworben hatte, geriet infolge der Inflation in arge Bedrängnis. Er lebte nun unter Entbehrungen aller Art, unterstützt von seiner Tochter, für sich allein. Als den 64 Jahre alten Herrn am Freitag seine Tochter besuchen wollte, fand sie ihn in seiner Wohnung durch Gas vergiftet vor. Nach dem ärztlichen Befund, muß der Tod bereits acht Tage vorher eingetreten sein.

Eine Mietskaserne niedergebrannt. Wie aus Pollnow gemeldet wird, brach dort in einem kasernenartigen Gebäude Feuer aus. Die freiwillige Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die umliegenden Gebäude zu schützen. Das Gebäude brannte völlig aus, und den Bewohnern gelang es nur, das nackte Leben zu retten. Sechzig Personen sind obdachlos.

Gasexplosion. Wie aus Kolberg gemeldet wird, platzte in der Wohnung des Kaufmanns Daberkow der Schlauch zum Gaskocher. Die beiden in der Nähe schlafenden Kinder wurden morgens besinnungslos aufgefunden. Beide wurden ins Krankenhaus eingeliefert, wo das 12jährige Mädchen bereits verstorben ist. Das andere Kind, ein Knabe, liegt bedenklich darnieder.

Ein Baugerüst zusammengebrochen. Wie aus Strasfund gemeldet wird, ereignete sich auf dem Hof der Strasfunder Zuckerfabrik ein bedauerlicher Unfall. Dort waren Arbeiter und Handwerker der Fabrik damit beschäftigt, einen eisernen Träger auf ein Baugerüst heraufzuschieben. Plötzlich stürzte das Baugerüst zusammen und begrub sechs Arbeiter unter sich. Einem der Arbeiter wurde die Wirbelsäule gebrochen. Die übrigen kamen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon.

Internationales Schachturnier in Neunork. Das internationale Meisterturnier in Neunork nähert sich seinem Ende. In der gestern gespielten 18. Runde kam die für den Ausgang wichtige Partie Dr. Lasker-Alechin zum Austrag. Sie endete mit Remis. Capablanca sicherte sich einen neuen Gewinnpunkt durch einen Sieg über Eduard Lasker. Ferner gewannen Marshall gegen Bogoljubow und Yates gegen Tartakower. Die Partie Maroczy—Reti endete unentschieden. Bei dem jetzigen Stand behauptet Dr. Lasker die Führung mit einem Punkt Vorsprung vor Capablanca. Die beiden Hauptrivalen haben jeder noch vier Partien zu spielen. Dr. Lasker gegen Tartakower, Marshall, Maroczy und Eduard Lasker, der Cubaner gegen Tartakower, Yates, Bogoljubow und Reti. Ob es Capablanca bei dieser Konstellation gelingen wird, Laskers Vorsprung aufzuholen, erscheint einigermaßen zweifelhaft.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Bezirk Hessen-Waldeck wie für dessen Anzeigen: August Nadler in Cassel.

Das Metall der Toten

34)

Von Concha Espina

„Schweig, Unglückliche!"

„Ich will ein Kind von ihm!"

„Du hast den Verstand verloren!"

Martha bemerkt die völlige Umwandlung ihrer Tochter, und wie immer, ohne zu wissen, was vorgeht, fragt sie:

„Was ist mit ihr?"

Obwohl Estéveza sie mit einer Handbewegung beruhigt, bleibt ihr unruhiger blauer Blick zitternd in der Luft hängen, während Casilda, völlig außer sich, mit der Schamlosigkeit der Unschuld wiederholt:

„Ich will ein Kind haben!"

III

Pilger des Kreuzes.

Die Pilgerfahrten des Cruz de Mayo dehnen sich in diesen andalusischen Dörfern über mehrere Monate aus; es werden dabei in jeder Ortschaft rohe, heidnische Mettspiele veranstaltet, bei denen das Abfingen bestimmter Strophen, die Brauntweinfässer und das wilde Wogen der Lustbarkeiten die Hauptrolle spielen.

Als Symbol des Glaubens ist der Kreuz auf den glühenden Wegen fast unbekannt, wo man sein Fest mit Pulver und Branntwein, mit Musik und Fahnen feiert. Man hat wohl auch auf diesen versengten Pfaden der Sierra Morena sagen hören, daß Jesus, der Erlöser der Welt, an dem Baume mit den blutigen Armen gestorben sei, aber diese Ueberlieferung verweht mit düsterem Grabeston in der Legende, und in Wahrheit wird das heilige Holz hier nur dazu benutzt, für die Prozession in blumenbestickte Gewänder gehüllt, mit Inschriften bedeckt und mit Fahnen geschmückt zu werden.

So besingen sie das Kreuz und wiegen es über der Menge, die den versengten Engpaß des Gebirges durchzieht; und in dem ärmlichen Torweg einer Frau tränken sie es mit Rosmarinessenz. Drei Tage glänzt es im Triumph, wird es von der Ordnerin des Zuges geschmückt, bis es sang- und klanglos für ein ganzes Jahr in sein Versteck zurückkehrt. In der trübseligen Dürre dieser Gipfel gedeihen die Tempel nicht; weder eine Weglapelle noch ein Altar, wie sie sich an den Straßen Spaniens sonst so häufig finden, ehrt den Namen Gottes in den Schluchten dieser braunen, wartenden Felsen voller Wunder . . .

Der heutige Sabbatabend gehört den Alten, die sich, der Sitte gemäß, in feierlichem Zuge in das nächstgelegene kleine Tal begeben, um Rosmarin zu schneiden. Es ist dazu unerläßlich, daß ein schön aufgezäumtes Pferd mitgeführt wird, das sie mit Zweigen beladen, die Teppich und Baldachin für das Kreuz bilden sollen. Das ganze Dorf begleitet sie mit Musik und Feuerwerk und geht ihnen mit wildem Geschrei bis zur Grenze der nächsten Gemarkung entgegen, wo der Zugordner die rituelle Pflanze in Empfang nimmt.

Noch brennt der Berg am Vorabend dieses Festes im Rot der Sonne, wenn die Pilger mit der duftenden Ernte zurückkehren.

Sie waren zu einem seitlich von Los Fresnos gelegenen Hügel hinabgestiegen und hatten den wildmurmelnden Bach aufgesucht, der die Einöde mit Oleander und Linden bestickt, so daß sie sich zeitweise in einen lauschigen Garten verwandelt, der von Orangen und Oliven auf einem hellen Teppich aus wildwachsenden Blumen bevölkert wird. Hier wächst in duftiger Fülle der Rosmarin mit seinen blaublühenden Spitzen und den immergrünen Stengeln.

Schnell ist das Tier beladen, das diesmal das tapfere Roß eines Aufsehers ist, und schon steigen sie unerschrocken durch die glasigen Gebirgsspalten, die sich schlüpfrig und öllig durch die Talksteinschuppen winden. Der Duft der Pflanzen hüllt sie herb und durchdringend ein, der Hauch ihres eigenen Atems umgibt sie, und sie wandern stumm, demütig und vorsichtig dem Abhange zu. Ein Gesicht von erschütterndem Zerrissenheit ist unter der Gruppe der Greise, die die Hinfälligkeit und Flüchtigkeit ihres Daseins auf die ungeheure Lebensdauer des Gebirges stützen. Die Sonne trifft sie von der Seite und zeichnet lange Schatten über ihren Füßen. Rauhe Mandelbäume aus Quarz, übermütige Schößlinge von Granit, die sich winden und krümmen wie Baumwurzeln, schmale Risse mit Häuten, zart wie Blumenblätter, überdeckt: das ist die Urform der Erdkruste, die, im Lichte des Sonnenunterganges strahlend, gegenüber dem auf ihr dahinschreitenden armseligen menschlichen Alter sich einer ungeheuren Fülle erfreut.

Zur Einholung der Karawane zieht unter dem Voranschreiten der Festordner die ganze Einwohnerschaft aus; Musikklänge und Festsalven erschallen.

Pedro Abril, prahlerisch aufgeputzt, ist vorher mit großer Eskorte ausgezogen, Casilda zu holen, die schon im weißen Kleid und mit dem Hut auf dem Kopf in ihrem Torweg vor dem Kreuz wartete. Die beiden nehmen die gereimte Begrüßung entgegen, die die Volksmuse im Wettbewerb mit anderen Prozessionen der Nachbarschaft verfaßt hat. Jede Strophe enthält eine Anspielung und bedeutet ein erregtes kurzes Stoßgebet, wie die volkstümlichen Trabetes des 13. Jahrhunderts. Es ist eine darunter, die ihren fernen Ursprung verleugnet und naiv lautet:

Gehen wir nach Rosmarin,
gehen wir in Gottes Namen,
daß nicht verwelke der Zweig,
daß nicht verdorre die Blume.

Und sie ziehen inmitten unbeschreiblichen Getöses, unter Gebrüll und Salutschüssen aus. Stierkampfmärsche werden gepfiffen. Lieder gelungen, bis das Pferd mit dem Rosmarin in Empfang genommen wird.

Es ist Vicente Rubio, der hervortritt, um es zu übergeben. Casilda trägt die schönste Nannukel und dreht sie gewandt in den Händen, bevor sie sie Pedro überreicht.

Hurrarufe erschallen, die Strophen erklingen im Takt. Mit einem Sprung wirft sich der Mayordomo in den bequemen Sattel und schwingt die Standarte hoch, während er seiner Partnerin einen einladenden Blick zuwirft. Sie kann die schweigende Aufforderung annehmen oder mit ihren sonderbaren Begleitern zu Fuß gehen. Einen Augenblick steht sie zögernd, den Blick argwöhnisch zu Pedro emporgerichtet, dann macht sie ein Zeichen des Einverständnisses. Der Reiter nähert sich, und von einem Felsvorsprung aus besteigt das Mädchen das Pferd.

Der junge Mann fühlt die Liebkosung eines Armes an seinem Herzen und stößt die Standarte ungestüm zwischen die Zweige. Die Stimmen der Menge sind schon zum Geschrei angeschwollen: Schmeichelworte, Sprüche und Lieder umgeben das Paar mit wirrem Lärm.

Bei Sonnenuntergang hat sich mit wildem Rauschen der Wind erhoben. In den Sammetblättern des Rosmarins löst sich das Oel, und ein schwüler, sinnbetörender Duft wogt in der Luft. Das stampfende, schäumende Pferd trabt mutig einher und erklimmt die steilen Hügel, auf denen sich seine edle Haltung gegen die schwarzblauen Wolken des Westens abzeichnet.

Den Gipfel umrahmt ein Feuerkranz wie ein Heiligenschein. Männer und Frauen haben mit trunkener Hingabe zu singen und zu tanzen begonnen; ein Windstoß treibt sie mit rasender Gewalt vor sich her. Durst und Hitze quälen sie: sie möchten sich von dem Pferde des Pilgerzuges zertreten lassen, wie die Massen der Inder unter Wischnus Wagen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240414-11/fragment/page=0008